

ÖFFENTLICHE RÄUME – GESTALTETE ORTE?

19. Juni 2012 | 6. Symposium
für Baukultur in Niedersachsen





ÖFFENTLICHE RÄUME – GESTALTETE ORTE?

19. Juni 2012 | 6. Symposium
für Baukultur in Niedersachsen

Einleitung

7__ Jochen Stöckmann

Grußwort

10__ Staatssekretär Heiner Pott, Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration

Einführung

12__ Wolfgang Schneider, Präsident der Architektenkammer Niedersachsen

16__ Potential Freiraum

Landschaftsarchitekt Martin Rein-Cano, TOPOTEK 1, Gesellschaft von Landschaftsarchitekten mbh, Berlin

Konzepte

20__ Der öffentliche Raum als wichtiges Handlungsfeld kommunaler Stadtentwicklungspolitik
Uwe Bodemann, Stadtbaurat der Landeshauptstadt Hannover

24__ Stadträume im Wandel.

Neue Beobachtungen, neue Sichtweisen, neue Chancen.
Dr. Juliane Pegels, Büro stadtforschen.de, Essen und Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtentwicklung, RWTH Aachen University

28__ Wiens Strategie öffentlicher Räume

Mag. Barbara Hetzmanseder, Stadt Wien, MA 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung, Stabstelle Öffentlicher Raum, soziale Prozesse und Maßnahmenentwicklung

Perspektiven

32__ Mitten in Berlin – Die Entwicklung des Europaviertels am Hauptbahnhof
Prof. Markus Nepl, ASTOC Architects and Planners, Köln

36__ Lesezeichen Salbke:

Arena der Teilhabe oder Austragungsort sozialer Konflikte?
Prof. Stefan Rettich, KARO*Architekten, Leipzig

42__ subUrbanes ? Details und das Ganze

Prof. Manuel Scholl, agps.architecture, Zürich und Institut für Entwerfen und Städtebau, Leibniz Universität Hannover

Podiumsdiskussion

46__ Öffentliche Räume – Gestaltete Orte?
Andreas Ruby im Gespräch mit

- Dr. Elisabeth Schweeger, Intendantin der KunstFestSpiele Herrenhausen
- Architektin Karin Kellner, Sprecherin der SRL Niedersachsen/Bremen
- Landschaftsarchitekt Martin Rein-Cano, TOPOTEK 1, Gesellschaft von Landschaftsarchitekten mbh, Berlin
- Uwe Bodemann, Stadtbaurat der Landeshauptstadt Hannover

50__ **Kurzbiografien**

58__ **Impressum**





Den Raumproduzenten auf der Spur

Einem Kernproblem der Stadtplanung näherte sich das 6. Symposium für Baukultur in Niedersachsen mit der Frage „öffentliche Räume – gestaltete Orte?“ Das auf den ersten Blick einfache, vielfach abgehandelte Thema berührt ganz aktuell die grundlegende Frage, ob die Stadt „als Bühne für vielfältige Formen des Zusammenlebens, aber auch von Konflikten“ (Kammerpräsident Wolfgang Schneider) sich für alle Beteiligten immer wieder neu auftut: Das mag gewährleistet werden durch ästhetisch unterschiedlich gesehene und spontan genutzte öffentliche Räume, ist aber auch möglich auf Plätzen und in Gärten, die selbst als tosende Event-Meilen oder Refugien kultureller Besinnung, also als „gestaltete Orte“ absichtsvoll und oft unverrückbar bis ins letzte Detail definiert werden, im Rahmen vorausschauender Politik vielleicht auch definiert werden müssen?

Letzteres lehnt Martin Rein-Cano (TOPOTEK 1) als „oberlehrerhafte Korrekturversuche“ ab. Der Landschaftsarchitekt aus Berlin kritisiert administrative Maßnahmen wie das Grillverbot im Tiergarten als „Repression von Randgruppen“, fordert stattdessen, dass eine „kluge Gesellschaft“ öffentliche Räume als Mittel grundlegender Emanzipation begreifen müsse, statt „überall nur Integration zu spielen“. Vor einem eher naiven Hantieren mit Versatzstücken – in seinem Fall der etwas provozierenden, am Ende aber doch dekorativen Stadtmöblierung – scheint auch Rein-Cano selbst nicht gefeit: Beim jüngsten Vorzeigeprojekt ließ er ein vorwiegend von Migranten bewohntes Kopenhagener Problemviertel mit Papierkörben aus dem Irak, englischen Schaukeln, chinesischen Straßenleuchten und einer Telefonzelle aus Brasilien pflastern. Aus Sicht des Landschaftsarchitekten bilden diese Objekte Identitätsanker und Stolperfallen zugleich. Sie sollen eine Art Katalysator abgeben, um nicht nur das „narrative Potenzial“ der Stadtlandschaft erfahrbar zu machen, sondern um Gestaltungsfragen letztlich „psychoanalytisch“ anzugehen. Und das bedeutet für Rein-Cano, „dass Konflikte ausgelebt werden können“, dass Massen-Events wie Love-Parade und Fan-Meilen „die Möglichkeit bieten, auch das Tierische in uns zu erleben.“

Psychoanalyse könnte tatsächlich einen Schlüssel bereithalten für neue Zugänge zum öffentlichen Raum. Schließlich handelt es sich um ein analytisches Verfahren, bei dem nicht das wilde, ungebändigte „Ausleben“ von Emotionen propagiert, sondern im gezielten „Durcharbeiten“ von Träumen und Erlebnissen ein Problem schrittweise bewusst gemacht wird. Die Einbeziehung sozialer oder auch ökonomischer

Gegebenheiten kann dabei nicht schaden, jeder Hinweis auf (vielfach verborgene) Tatsachen wird hilfreich sein: Als etwa der umsichtige Moderator Andreas Ruby daran erinnerte, wie sehr das scheinbar spontane Verhalten in den Fan-Meilen durch das enge Korsett der Vorgaben des Fußballverbandes FIFA bis hin zur Ausrichtung der Warteschlange am Biertresen geprägt ist, bekam die Diskussion wieder Bodenhaftung, ohne an Brisanz zu verlieren. Dafür hatte Elisabeth Schweeger gesorgt, die sich als Intendantin der KunstFestSpiele Herrenhausen gegen deren Charakterisierung als Rückzugsraum für Kulturbürger verwahrte, stattdessen die Notwendigkeit derartiger Ereignisse als „Fenster für neue Gedanken“, als „Reflexionsraum“ betonte.

Die kleinteilige Umsetzung auch solch scheinbar hochfliegender Forderungen ist die Aufgabe von Uwe Bodemann. Erst einmal scheint es dem Stadtbaurat von Hannover um Sicherheit zu gehen, etwa die Entschärfung der Verkehrssituation an einem der zahlreichen innerstädtischen Kreisel, und um Sauberkeit: Mit einem kommunalen Förderprogramm werden jährlich drei, vier Plätze in Ordnung, wieder „in Form, auf Vordermann“ gebracht. Dahinter allerdings steht alles andere als „law and order“: Mit Paragrafen kann man diese exemplarisch neu gestalteten Orte nicht gegen „Missbrauch“ schützen, darf sie aber auch nicht als öffentliche Räume sich selbst überlassen. Dass etwa Verbotsschilder aufgestellt wurden, nachdem eine Gruppe von Gewohnheitstrinkern sich einen dieser Musterplätze zum Treffpunkt erkoren hatte, bezeichnet Bodemann als Irrtum, er setzt dagegen auf Gespräche mit Anwohnern und die sanfte „Intervention“ von Hilfsorganisationen wie den Anonymen Alkoholikern.

Mit der von allen Referenten konstatierten „Neuentdeckung“ des öffentlichen Raums scheint auch im kommunalpolitischen Alltag die Erkenntnis gewachsen, dass weder die Besetzung durch symbolträchtige Hochbau-Solitäre noch das „branding“ durch flächendeckende Stadtmöblierung das Patentrezept sein kann. Bodemann spricht sich stattdessen für einen kontinuierlichen Prozess der Aneignung und Gestaltung aus, erklärt es zur wesentlichen Funktion des öffentlichen Raums, „alle Beteiligten zusammenzubringen“ – der Stadtbaurat würde am liebsten eine Art „Streitraum“ eröffnen.

Dieser undogmatische, über das Tagesgeschäft hinausweisende Pragmatismus belebte eine Debatte, die von der Last bürokratischer Formeln und akademischer Thesen nicht frei war: Aus Wien etwa berichtete Barbara Hetzmanseder, Mitarbei-

Einleitung

terin im Magistrat der Stadt, über „genderorientierte“ Fußgänger-Projekte zur möglichst barrierefreien Straßenquerung als Teil der in der österreichischen Metropole gepflegten „moderierten Konfliktkultur“. Und die Urbanistin Juliane Pegels zeigte sich überrascht von den an sich auf der Hand liegenden Ergebnissen ihres aufwendigen Forschungsprojekts STAR („Stadträume in Spannungsfeldern“): Was etwa vor dem Hauptbahnhof Hannover als „einheitlicher öffentlicher Raum“ wahrgenommen werde, habe sich beim „Blick hinter die Kulissen“ entpuppt als Terrain mit diversen Grenzlinien, gezogen durch diverse Nutzungsrechte von Pächtern oder den Grundstückseigentümern wie Deutsche Bahn und Stadt Hannover. Der Bahnhofsvorplatz, so Pegels „wunderbare Feststellung“, sei ein urbaner Freiraum als „Produkt verschiedener Akteure“ – für dieses komplexe Miteinander gelte es, „die Bürger zu ertüchtigen“. Eine Maßnahme, die sich in den Augen der Stadtplanerin erübrigt für jene Avantgarde von „Kämpfern und Engagierten“, die etwa in Buenos Aires öffentliche Räume via Facebook bewertet und per „Flashmob“ in Besitz nimmt oder im Herzen Berlins mit den Prinzessinnengärten Terraingewinne für das „Guerilla Gardening“ erzielt.

Zur allgemeinen Kultivierung des öffentlichen Raums tragen spektakuläre Maßnahmen kaum bei, etwa jene PR-Aktion, von der Markus Neppi aus dem Büro ASTOC berichtete. Bei der Diskussion über einen Masterplan für das Gebiet um den Berliner Hauptbahnhof, für „Europas besterschlossene Brache“, ernteten die Architekten heftigen Widerspruch, weil sie ganz selbstverständlich und dezidiert ein „Bahnhofsviertel“ entwickeln wollten: Das Quartier müsse „Europa-Viertel“ genannt werden, erboste sich eine Werbeexpertin – schließlich habe sie zwei Jahre harte Arbeit investiert, um dieses Markenzeichen zu verankern und wegzukommen vom „Bahnhofsviertel“, einem Negativimage! Genau dieses „Denken“ in Bildern aber, die unverbindlich ausgemalten „Visionen“ blockieren jene Entwicklung öffentlicher Räume, wie sie beispielhaft Neppi als Strategie seines Büros umriss: Ein Masterplan wird nicht perfekt ausformuliert und als „schönes Bild“ vorgelegt, bei dessen schnöder Realisierung es eigentlich nur noch bergab gehen kann; stattdessen gewinnt ein anfangs unspezifischer Stadtraum erst im Angehen vielfältiger Interessenskonflikte über Monate und Jahre seine Gestalt. Als wichtigen Schritt bei dieser sukzessiven, aber durchaus nicht zögerlichen Annäherung an einen veritablen Stadt-Umbau markiert Neppi jenen Zeitpunkt, als die Planer alle drei großen Eigentümer dahin gebracht hatten, ihren Besitz „zusammenzuwerfen“ und dann mit Blick auf die urbanen Funktionen – Verbindung der verkehrstechnischen Infrastruktur mit den benachbarten Stadträumen, verdichtetes Wohnen und Platz für kreatives Gewerbe – sämtliche Baugrundstücke neu zuzuschneiden.



JOCHEN STÖCKMANN ist freier Journalist in Berlin

Neppls Hartnäckigkeit und auch das ebenso strategische wie diplomatische Geschick des Büros ASTOC lassen umso deutlicher werden, wie schwierig die Verhandlungen mit privaten Akteuren über den öffentlichen Raum künftig werden könnten. „Die Öffentlichkeit hat sich selbst amputiert mit dem Privatisierungswahn“ resümiert Stefan Rettich. Mit dem Leipziger Büro KARO* steuert der Architekt dieser Entwicklung entgegen, versucht neue „Raumproduzenten“ zu identifizieren, weil insbesondere mit dem Schrumpfungsprozess in Ostdeutschland die äußere Form der Stadt noch existiert, der „Sozialraum“ aber längst verschwunden ist. In einem Vorort von Magdeburg etwa wurde eine in den Achtzigerjahren abgebrannte Bibliothek nicht wieder aufgebaut, der Platz blieb verwaist. Mit dem Projekt „Lesezeichen“, einer aus leeren Getränkeboxen für einen Tag errichteten provisorischen Bibliothek, konnte KARO* den Ort nicht nur symbolisch, sondern vor allem im Bewusstsein der Anwohner auf Dauer kulturell besetzen. Die dadurch aktivierte „Quartiersintelligenz“ bewährte sich in der Auseinandersetzung mit Wirtschaft und Politik, initiierte einen spannungs- und lehrreichen Prozess und führte schließlich zu einem dauerhaften Gebäude – das in seiner Form nicht unumstritten und von Vandalismus bedroht ist. Kein definitives Patentrezept also, aber die sehr viel wichtigere Einsicht, dass es nicht darauf ankommt, den öffentlichen Raum als Architekt oder Planer zu kartieren, sondern dass es sich lohnt, die Karten immer wieder neu zu mischen, die Kräfteverhältnisse unter Einbeziehung aller Beteiligten peu à peu zu verschieben.





STAATSEKRETÄR HEINER POTT

NIEDERSÄCHSISCHES MINISTERIUM
FÜR SOZIALES, FRAUEN, FAMILIE,
GESUNDHEIT UND INTEGRATION

Sehr geehrter Herr Schneider, sehr geehrter Herr Rein-Cano, sehr geehrter Herr Bodemann, sehr geehrte Damen und Herren, zum 6. Symposium für Baukultur in Niedersachsen darf ich Sie alle ganz herzlich begrüßen.

Das Thema unserer heutigen Veranstaltung lautet „Öffentliche Räume – Gestaltete Orte“. Hinter diese Titelzeile könnte man sowohl ein Ausrufezeichen wie auch ein Fragezeichen setzen, denn wir wissen alle, dass die öffentlichen Räume nicht immer – zumindest nicht immer bewusst – gestaltete Räume sind, sondern sich häufig eher zufällig entwickeln. Dabei haben öffentliche Räume für uns eine viel größere Bedeutung, als uns das im Allgemeinen bewusst ist. Öffentliche Räume prägen den Charakter einer Stadt. Sie haben nicht nur eine grundsätzliche Bedeutung für die funktionale Vernetzung. Sie bilden auch einen wichtigen Rahmen für das alltägliche Leben der Menschen und das tagtägliche Miteinander. Sie entscheiden darüber, ob sich Menschen in einer Stadt wohlfühlen oder nicht. Sie geben einer Stadt ihre Identität und schaffen eine Atmosphäre. Sie sind nicht nur eine Fassade für den Lebensalltag. Sie geben einer Stadt ein Lebensgefühl.

Die Qualität der öffentlichen Räume entscheidet mit darüber, ob Menschen gern in einer Stadt oder in einem Stadtbereich leben oder ob sie sich gern an einem bestimmten Ort mit anderen Menschen treffen und austauschen. Öffentliche Räume sind Sozialräume, in denen eine Begegnung stattfindet. Diese Begegnung findet nicht nur zwischen Menschen statt, sondern auch mit dem Raum selbst. Die Gestaltung der Räume entscheidet mit darüber, ob sich Menschen angesprochen fühlen oder abgewiesen. Gut gestaltete öffentliche Räume haben denjenigen, die sich in ihnen bewegen, etwas zu sagen.

Sie treten in Kommunikation mit den Menschen, die dort leben. Sie fördern Gemeinschaft oder verhindern sie. Öffentliche Räume sind deshalb in hohem Maße Sozialräume. Sie sind Beziehungsräume. Sie sind hoch emotional und sollten deshalb auch vor diesem Hintergrund mit einer hohen Qualität versehen sein.

Öffentliche Räume dienen nicht nur der Orientierung, der Repräsentanz und Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Kommune. Sie sind auch Orte der sozialen Integration.

Sie entscheiden mit ihrer Attraktivität darüber, wie gut oder wie schlecht sich beispielsweise in einer Innenstadt der Einzelhandel entwickelt. Sie sind mit verantwortlich dafür, ob sich Menschen in einer Stadt sicher und geborgen fühlen. Die Anforderungen an die öffentlichen Räume sind vielfältig und entwickeln sich mit gesellschaftlichen Veränderungen. Sie erfordern eine dauerhafte Achtsamkeit und Auseinandersetzung.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und den Herausforderungen des Klimaschutzes stellen sich für uns neue Aufgaben. Aktuell ist deshalb auch das Thema des Niedersächsischen Staatspreises für Architektur: „Weiterbauen im Spannungsfeld von Energieeffizienz und Gestaltqualität“.

Für die Landesregierung hat der Umgang mit öffentlichen Räumen eine hohe Bedeutung, weil sie die soziale Entwicklung in einer Stadt ganz entscheidend mit beeinflusst. Deshalb müssten wir gemeinsam die Auseinandersetzung mit der Baukultur suchen und die Konfliktfelder beleuchten, um hier gemeinsam neue Lösungsansätze zu finden.

In diesem Sinne hoffe und wünsche ich mir, dass das heutige Symposium dazu beiträgt, die Sensibilität und die dauerhafte Aufmerksamkeit für die Qualität der öffentlichen Räume zu erhöhen und Ihnen hoffentlich allen wertvolle Anregungen gibt.



WOLFGANG SCHNEIDER

PRÄSIDENT DER ARCHITEKTENKAMMER NIEDERSACHSEN

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Pott, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Gäste, auch ich darf Sie alle ganz herzlich begrüßen und freue mich mit Ihnen auf den heutigen Tag mit hoffentlich spannenden Vorträgen und Diskussionen. Ich habe kürzlich von unserem Oberbürgermeister bei seiner Eröffnungsrede der KunstFestSpiele Herrenhausen gehört, dass in Hannover eine besondere Veranstaltung bereits beim zweiten Mal den Status einer Tradition hat und beim dritten Mal in den Rang des Brauchtums übergeht. Dieses Symposium ist nun schon die sechste Veranstaltung in Folge und ich möchte sie bezeichnen als langjährige baukulturell traditionelle Brauchtumentwicklungsveranstaltung mit Fortsetzungspotential.

Einmal im Jahr treffen wir in der sogenannten ArchitekturZeit zum Symposium mit wechselnden Themenstellungen zusammen, um über aktuelle baukulturelle Fragen zu diskutieren und freuen uns über namhafte Referentinnen und Referenten – so auch diesmal. Es geht um den öffentlichen Raum. Bevor ich Sie, meine Damen und Herren, noch im einzelnen vorstelle, möchte ich betonen, wie sehr ich mich freue über die enge Zusammenarbeit unserer Kammer mit dem Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration – und eigentlich müsste man noch „Bauen“ anfügen. Lieber Herr Staatssekretär Pott, noch einmal herzlich Willkommen und vielen Dank für Ihre Grußworte.

Erneut haben wir dieses Symposium in Kooperation vorbereitet, großen Dank also für die Unterstützung des Landes bei diesem Projekt. Es ist mir wichtig, dass Niedersachsen die Baukultur unterstützt und daher sehe ich Ihren Beitrag auch als Bestätigung unser beider Bemühungen um die gebaute Umwelt und ich denke, wir können auch in diesem Jahr viele Anregungen geben.

Der öffentliche Raum, den wir heute thematisieren wollen, ist ja gerade für das Land – und natürlich auch für die Städte und Kommunen – von außerordentlicher Bedeutung. Hier definiert sich unsere Vorstellung von Stadt, von Urbanität, von Zusammenleben und Zusammentreffen, von Interaktion und Dialog, von Politik und Architektur.

Der öffentliche Raum ist die Bühne für vielfältige Formen von Leben, aber auch für deren Konflikte. Denken wir beispielsweise an Gewerkschaftsversammlungen und politische Protestveranstaltungen, ob in Kairo oder Frankfurt, immer ist es der öffentliche Raum, auf dem die Menschen zusammenkommen.

Aldo Rossi beschrieb einmal die Stadt als einen Raum, der durch die Akkumulation der versammelten Artefakte vergangener Generationen zum Gedächtnis der Gesellschaft wird.

Die öffentlichen Räume einer Stadt, das sind ihre Straßen, Plätze, Parkanlagen, Brachflächen, Teile der Landschaft, Einrichtungen des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs, aber auch der Allgemeinheit gewidmete Gebäude, staatliche Einrichtungen,

Sport- und Kulturbauten, Schulen, Universitäten bis hin zu den öffentlichen Verwaltungen.

So wie die technische Infrastruktur, also Wasser- und Stromversorgung, Fernheizung und Kanalisation zum selbstverständlichen Gerüst unseres Alltags geworden sind, definieren sich die Außenräume unserer Städte in erster Linie als Funktionsräume unserer Lebensstile, die dem Verkehr, dem Konsum, der Freizeit und der Unterhaltung dienen.

Zugleich ist der öffentliche Raum – wie Matthias Sauerbruch schreibt – auch der Horizont unserer Gesellschaft, ihr Spiegelbild und ihr wichtigstes Erkennungsmerkmal. So wie man am Erscheinungsbild ihrer Menschen und der Küche ihrer Restaurants die Verfeinerung einer Kultur ablesen kann, so ist der öffentliche Raum ein Indikator des inneren Zustands einer Kommune.

Nicht immer werden öffentliche Räume so gestaltet, wie es ihrer Funktion und ihrer Bedeutung angemessen wäre. Ich frage: Ist es sogar so, wie der Journalist Gerhard Matzig Anfang Mai in der Süddeutschen Zeitung formulierte, dass Planer nur noch „Horror und Tristesse“ zustande bringen? Matzig schreibt – ich zitiere:

„Man errichtet uns Plätze, einer deprimierender und dysfunktionaler als der andere, ruft uns Platz zu – und prompt begeben wir uns in Duldungsstare. Neben uns Welpen knien in dieser Situation Stadtbauräte, Verkehrssicherheitsexperten, Luftschacht-Monteur, Landschaftsarchitekten, Busspurplaner und Künstler, die in delirierend-pädagogischer Absicht daran arbeiten, unsere Sehgewohnheiten zu unterlaufen, was dann oft zu einem Haufen Altmetall in der Mitte des Platzes führt. Offenbar gibt es eine (kriminelle) Vereinigung von Experten, die einen Eid auf die endgültige Verelendung unserer Städte geschworen hat.“

Starker Tobak. Der Artikel ging in dieser Art noch eine Weile weiter, um am Ende zu der Schlussfolgerung zu kommen, dass öffentliche Räume schlicht sein und sich aus der Stadtfigur ergeben sollten, mit ansehnlichen Proportionen, nicht überambitioniert möbliert oder verkünstelt. Nun ja.

Gibt es also Handlungsbedarf und wenn ja, wo genau? Ich frage daher: Sind öffentliche Räume gestaltete Orte?

Wenn wir Herrn Matzig glauben, wohl eher nicht. Wobei der öffentliche Raum aus mehr als nur Plätzen besteht. Wo sind also die guten Beispiele? Wo sind die Räume, die eine soziale und ästhetische Qualität aufweisen? Die angemessen mit ihren Nutzern im Dialog stehen, sich entwickeln und wachsen. Den Bürgern ist ihre Stadt wichtig – und damit sind nicht nur schöne Fassaden gemeint.

Die Quartiersinitiative des Sozialministeriums hat das durch eine hohe Beteiligung von Kommunen in den letzten Jahren gezeigt, der Stadtentwicklungsprozess Hannover City 2020 ebenfalls. Der Vortragssaal im Sprengel-Museum war jedes Mal voll, wenn über Hannovers Zukunft gesprochen, ja, heiß diskutiert wurde.

Bei Wettbewerben, die sich dem Thema öffentlicher Raum annehmen, werden regelmäßig sehr innovative und gestalterisch herausragende Lösungen von Architekten und Stadtplanern eingereicht. Das mit dem Holcim-Award ausgezeichnete Projekt „Flussbad“ beispielsweise hat für den westlichen Arm der Spree in Berlin eine ökologisch wie städtebaulich interessante Idee aufgebracht. Die Architekten und Künstler der Gruppe „realities:united“ wollen einen Bereich entlang der Museumsinsel als frei zugängliches Schwimmbad umnutzen. Die Jury des hochdotierten Preises fand dieses Flussbad ein exzellentes Beispiel für die Weiterentwicklung innerstädtischer Situationen.

Leider sind solche Vorzeige-Projekte oftmals schwer umzusetzen, schwer zu finanzieren. Wir möchten Ihnen daher heute vor allem Konkretes zeigen, um zu demonstrieren: Es geht. Öffentliche Räume können gestaltete Orte – sogar gut gestaltete Orte – sein.

Neben der Praxis kommt aber auch die Theorie zu ihrem Recht. Denn die Umsetzung von Projekten im öffentlichen Raum, wie auch das Beispiel „Flussbad in Berlin“ zeigt, wird eben nicht in den Architekturbüros entschieden, sondern in den Verwaltungen.

Womit ich nicht sagen will, dass diese praxisfern seien, aber eben doch von anderen Faktoren abhängig, als die Planer, die zunächst unvoreingenommener an neue Aufgaben heran gehen können.

Viele Städte machen sich viele Gedanken zu ihrer Entwicklung und zu ihren öffentlichen Räumen. Uwe Bodemann, Stadtbaurat in Hannover, wird uns gleich zeigen, wie ernst Hannover das Thema nimmt – und vielleicht auch, was hier an außergewöhnlichen Projekten möglich scheint.

Auch die Stadt Wien ist sich ihrer Verantwortung und der Bedeutung bewusst. Ich freue mich, dass Frau Barbara Hetzmannseder den Weg nach Hannover gefunden hat. Sie wird uns Wiens Strategie öffentlicher Räume vorstellen und uns das Leitbild von Wien erläutern. Der Blick über den Tellerrand – diesmal also bis nach Österreich – ist mir im Rahmen dieses Symposiums immer wichtig gewesen und daher bin ich besonders gespannt auf Ihren Beitrag. Übrigens hatten wir bei unserem ersten Symposium 2007 schon mal einen Gast aus Wien hier, Frau Dr. Barbara Feller, Sprecherin der Plattform Architekturpolitik und Baukultur.

Frau Dr. Juliane Pegels von der RWTH Aachen wird uns zudem die Beobachtungen, Sichtweisen und Chancen der Stadträume aus Sicht der Forschung vorstellen. Sie forscht am Lehrstuhl von Prof. Klaus Seele, einer der führenden Beobachtungsposten aus Deutschland.

Wie gesagt, wollen wir aber auch die Beispiele sehen, die guten und die problematischen Seiten betrachten und Lehren aus den Projekten ziehen.

Prof. Markus Neppel stellt uns die Entwicklung des Europaviertels am neuen Hauptbahnhof in Berlin vor. Wer schon einmal dort angekommen oder abgefahren ist, weiß, von welcher stadtplanerischen Brache wir sprechen.

Prof. Stefan Rettich aus Leipzig zeigt uns ein eher kleines, sozial geprägtes Projekt, das vor allem daher interessant ist, weil die offene Bibliothek im Stadtraum schon länger existiert und alle Höhen und Tiefen bereits durchgemacht hat. Diese Entwicklung aufzuzeigen, kann uns – so glaube ich – viel sagen über unseren Umgang mit öffentlichem Raum.

Wichtig sind Details, aber auch das Ganze bei der Betrachtung des öffentlichen Raums. Prof. Manuel Scholl von der Leibniz Universität Hannover wird uns hierzu aufklären. Ich bin gespannt auf Ihren Vortrag, Herr Scholl.

Nun habe ich gestern auf dem Konvent der Baukultur in Hamburg viele erhellende Vorträge und Diskussionsbeiträge zum Thema Mobilität und Baukultur gehört – ein Appell für mehr Baukultur in der städtischen Verkehrsinfrastruktur. Und immer ging es dabei natürlich um den öffentlichen Raum und seine Ränder. Es ging aber auch um grundsätzliche Fragen der Mobilität, um formelle und informelle Beteiligungsverfahren, um neue Formen des Dialogs zwischen Bürgerschaft und Verwaltung, um Veränderungsprozesse und vieles mehr. Das zeigt, dass wir mit der heutigen Thematik einen Nerv getroffen haben. Ich freue mich, dass es uns – wie im letzten Jahr – geglückt ist, neben den Vorträgen auch eine Gesprächsrunde zu organisieren. Unser Moderator Andreas Ruby wird die zuvor präsentierten Inhalte noch einmal zur Diskussion stellen und hinterfragen, was an Theorien und Beispielen Wert und Substanz hat.

Dem Gespräch werden sich stellen: Frau Dr. Elisabeth Schweeger, Intendantin der KunstFestSpiele Herrenhausen, (die vorgestern glanzvoll für dieses Jahr beendet wurden), Frau Architektin Karin Kellner, Stadtbaurat Uwe Bodemann und Landschaftsarchitekt Martin Rein-Cano.

Apropos Martin Rein-Cano: Landschaftsarchitekten haben neben Architekten und Stadtplanern sicherlich die größte Gestaltungspräsenz im öffentlichen Raum. Sie hier heute zur Wort kommen zu lassen, ist ein elementares Anliegen dieses Symposiums. Daher freue ich mich sehr, dass Martin Rein-Cano heute hier ist und den Anfang macht, uns in das Potential des Freiraums einführt, mit anspruchsvoll gestalteten Projekten ins Thema lockt, uns Spaß am öffentlichen Raum vermittelt und zeigt, wie gut wir sein können, wenn wir alle zusammen nur wollen.

Ich freue mich auf Ihren Vortrag, lieber Herr Rein-Cano, gebe zuvor aber die Moderation an Herrn Andreas Ruby ab. Er ist Architekturkritiker, kommt aus Berlin und ist ein profunder Kenner der Szene. Wir haben uns auf der diesjährigen contractworld kennengelernt. Ich bin froh, dass wir Sie für den heutigen Tag gewinnen konnten. Herr Ruby, Sie haben das Wort.





MARTIN REIN-CANO

TOPOTEK 1, GESELLSCHAFT VON
LANDSCHAFTSARCHITEKTEN MBH,
BERLIN

Potential Freiraum

Superkilen ist eine heterogene Ortscollage in einer dicht besiedelten, zentral gelegenen Nachbarschaft Kopenhagens. Das international geprägte Quartier mit einer bunten Mischung verschiedener Kulturen soll mit Hilfe des gebauten Freiraums revitalisiert werden. Über seine bisherige Funktion als monofunktionaler Durchgangsraum hinaus, wird Superkilen zu einem innovativen und an Gleichzeitigkeiten reichen Ort. Entsprechend zielt das Freiraumkonzept darauf, die unterschiedlichen Charaktere des Ortes und seiner Akteure zu stärken. Ein schwarzer Platz entsteht, ein roter Platz und ein grüner Park.

Verstanden als Dialog mit der urbanen Realität Superkilens, wird innerhalb dieser Struktur ein Grundlegendes Motiv der Gartenkunstgeschichte aktualisiert. Die Translokierung eines Ideals, das Wiederschaffen oder Reproduzieren eines anderen Ortes ist ein tragendes Thema durch die Epochen hindurch. Wo der chinesische Garten miniaturisierte Felsformationen berühmter Bergorte zeigt, abstrahiert der japanische Zengarten das Meer zu Wellen aus Kies. Die historischen Gärten in Florenz



oder Versailles sind gefüllt mit allegorischen Abbildungen und der englische Landschaftsgarten führt Nachbildungen griechischer Ruinen vor. In Superkilen entsteht aus diesem Thema eine zeitgenössische und urbane Form: ein globaler, universeller Garten. Hier spiegelt der Transfer einprägsamer Elemente von anderen Orten und Kulturen die multi-ethnische Struktur des Quartiers wider und aktiviert sie.

Die Möblierung und Ausstattung von Superkilen wird aus einem internationalen Katalog an städtischen Elementen entwickelt. In vielmonatigen Workshops und Gesprächen mit Anwohnern und Vereinen wird die Kreativität und Phantasie des Quartiers mobilisiert und Bürgerbeteiligung als Motor für das gestalterische Prinzip der Vielheit entwickelt. Von Anwohnern ausgesuchte Rundbänke, Brunnen, Leuchten, Fitnessgeräte und mehr bildet nun Superkilens Diversität und internationale Persönlichkeit in einem vielseitigen Quartierspark ab. Leuchtreklamen aus vielen Ländern auf dem roten Platz sind hierbei die augenfälligsten Zeichen für den Kulturtransfer. Die importierte Werbung verfremdet den Ort auf fast theatralische Weise. Die um

Superkilen Kopenhagen



Aufmerksamkeit heischenden Werbeobjekte verfehlen ihr eigentliches, kulturell spezifisches Publikum, werden aber gleichzeitig zu Botschaftern und Aktivisten einer globalen, urbanen Kultur. Das synchron aufgeführte Werbepertoire illuminiert und aktiviert den internationalen Charakter des Quartiers im Zeichen von Information und Kommunikation. Dabei überraschen und faszinieren die blinkenden Neonschilder für einen japanischen Pachinkosaal vielleicht auf ähnliche Weise wie historische Chinoiserien im Landschaftsgarten, während uns eine lateinamerikanische Telefonzelle den Hauch der Illusion einer tropischen Strandpromenade vermitteln mag.



UWE BODEMANN

STADTBAURAT DER
LANDESHAUPTSTADT HANNOVER



Der öffentliche Raum als wichtiges Handlungsfeld kommunaler Stadtentwicklungspolitik

Das Innenstadtkonzept Hannover City 2020+ zeigt wichtige Leitlinien für die Entwicklung der Innenstadt in den nächsten 10 bis 15 Jahren auf. Hannover City 2020+ wurde als öffentlicher Dialog- und Planungsprozess über die räumliche Entwicklung und die Funktionen der Innenstadt angelegt und ist Beispiel eines innovativen und beispielhaften Handlungs- und Lösungsansatzes für die Stadt der Zukunft.

Ein zentrales Projekt für die Qualifizierung des öffentlichen Raumes ist der Opernplatz, der als einer der prominentesten Plätze Hannovers in mehreren Baustufen nach den Entwürfen von Kamel Louafi neu gestaltet wurde und schon heute wieder unterschiedliche Bevölkerungsgruppen zum Aufenthalt einlädt. Zusammen mit der Umgestaltung der Langen Laube werden die Plätze und Achsen des Oberhofbaumeisters Laves in ihrer besonderen Eleganz wiederbelebt. Neu gestaltet wurden ebenfalls die Bahnhofstraße mit der Niki-de-Saint-Phalle-Promenade und der Platz der Weltausstellung. Der Platz der Weltausstellung wird als großzügiger, eigenständiger Raum durch eine neue Pflasterung und neue Klang- und Lichtinstallationen erlebbar. Im Rahmen des Umbaus Kröpcke-Center wird der gesamte öffentliche Raum am Kröpcke, in der nördlichen Karmarschstraße, der Ständehausstraße und der Georgstraße umgebaut, sodass an dieser Stelle – im Herzen Hannovers – die wesentlichen Stadt- und Straßenräume durch Umgestaltung wieder stärker miteinander verknüpft werden.

Der Klagesmarkt ist heute in großen Teilen ein Parkplatz. Lediglich der nördliche, baumbestandene Abschnitt erfüllt seine städtische Platzfunktion, insbesondere der Wochenmarkt ist ein großer Anziehungspunkt. Es ist von den Preisträgern Astoc GmbH Architects & Planners (Köln)/jbbug, büro urbane gestalt (Köln) vorgesehen, den mittleren und südlichen Teil des Platzes mit zwei, in Einzelgebäude gegliederten, Blöcken zu bebauen. Vorgesehen sind eine Wohnbebauung sowie halböffentliche Einrichtungen in den Erdgeschosszonen. Durch die neue Wohnnutzung sollen die bestehenden Wohnstandorte gestärkt und durch die Erdgeschossnutzung die Verbindung zur Nordstadt attraktiver gestaltet werden. Der Kreisverkehr am Klagesmarkt wird gegenwärtig zu einer kompakten Kreuzung kapazitätsgerecht umgebaut. Damit

kann der bisherige undifferenzierte Raum zwischen Steintor und Christuskirche in vier ablesbare Teilräume mit eigenen Atmosphären gegliedert werden: Goseriede (Stadtplatz) – St.-Nikolai-Friedhof (Grünraum) – Klagesmarkt (Stadtplatz) – Platz um die Christuskirche (Kirchplatz). Die Kapellenruine erhält durch den Umbau der Straße wieder einen eigenen Platz, dieser kann im Zusammenhang mit der benachbarten Kestnervesellschaft gestaltet und genutzt werden.

Der City-Ring als eine Hauptverkehrsstraße bleibt ein großzügiger öffentlicher Raum, der hinsichtlich seiner Stadtqualitäten verändert genutzt werden kann, ohne seine Verkehrsfunktion einzubüßen. Ein zentrales Vorhaben von Hannover City 2020+ ist es daher, den Straßenraum neu zu gliedern, um einerseits die Barriere im Stadtraum zu mindern und die Austauschbeziehungen zwischen der Innenstadt und den umgebenden Stadtquartieren und Naherholungsräumen zu verbessern und andererseits durch die Neuordnung eindeutige Flächenschnitte für die Freiräume sowie für mögliche Bauflächen zu erhalten. Ohne seine Leistungsfähigkeit zu verringern, kann der City-Ring im Abschnitt Clevertor bis Aegidientorplatz um jeweils eine Fahrspur reduziert und seine Kreuzungen wesentlich kompakter ausgeführt werden. Durch den Wechsel von freiräumlicher und baulicher Fassung erhält der linear durchlaufende und homogenisierte Verkehrsraum eine stärkere räumliche Differenzierung, die sich aus den unterschiedlich begleitenden Stadträumen ergibt, die er passiert. Es entstehen prägnante Raumdifferenzen, wenn sich z. B. an der Goethestraße der Stadtraum zwischen Innenstadt und Calenberger Neustadt verengt und dann wieder zur Leine öffnet.

Die Leine besitzt in ihrem Innenstadtverlauf ein hohes und urbanes Ufer, welches in dieser Dramatik und Qualität weiterentwickelt werden soll, sowie ein grün gestaltetes Ufer, welches ebenfalls im Charakter beibehalten und qualifiziert werden soll. Die Aufenthaltsqualität der Ufer hängt aber auch von der Umgestaltung des City-Rings in diesem Abschnitt ab und von der Wirksamkeit freiräumlicher Gestaltungsmaßnahmen, welche die Straße gestalterisch in den Hintergrund treten lassen. Durch die Aufwertung und Aktivierung der Uferbereiche kann der Fluss stärker ins Bewusstsein



Opernplatz



Klagesmarkt

gebracht werden, es sind aber auch Pflegemaßnahmen des Flussbettes erforderlich, um den Wasserlauf wahrnehmen zu können. Eine Anhebung des Wasserspiegels der Leine könnte diese Intention stärken.

Der Leineraum in diesem Abschnitt in seinem heutigen Erscheinungsbild ist kennzeichnend für den Wiederaufbau Hannovers. Das Leibnizufer als Abschnitt des City-Rings wurde entlang der Leine zwischen der Altstadt und der Calenberger Neustadt angelegt. Aufgegeben wurde die historische Leineinsel, die in Vorkriegszeiten mit einer sehr dichten Bebauung besetzt war, aber auch die stadträumlich enge Verknüpfung zwischen der Altstadt und Calenberger Neustadt. Während die Bebauung am östlichen Hohen Ufer Bezug auf die historische Situation nimmt, erfolgte die Bebauung an der westlichen Seite auf neuem Stadtgrundriss in einer Abfolge von Solitärbauten. Eine wichtige Vorgehensweise in den vorbereitenden Arbeiten zum Innenstadtkonzept bestand darin, mittels einer historischen Analyse die Veränderungen im Stadtgrundriss und die daraus resultierenden Konsequenzen darzustellen. Daraus entwickelte sich die Zielstellung, an diesem Ort zwischen Altstadt und Calenberger Neustadt die Querbeziehungen zu verbessern.



Leibnizufer

In den öffentlichen Diskussionen zum Stadtraum Leibnizufer/Hohes Ufer wurden hochbauliche und freiraumgestalterische Interventionen kontrovers diskutiert. Es erfolgte eine Verständigung, dass das Leibnizufer ein wichtiger Abschnitt in der Grünverbindung Herrenhäuser Gärten – Maschpark ist und diese Funktion auch künftig weiterhin beibehalten soll. Die Akteure haben sich aber auch dahingehend verständigt, dass zu den Veränderungsmaßnahmen am City-Ring hochbauliche und freiraumgestalterische Interventionen zur Verbesserung der Querbezüge zwischen Altstadt und Calenberger Neustadt erfolgen sollen. Langfristiges Ziel ist es, über mehr Transparenz und Belebung der Erdgeschosszonen am Leibnizufer eine stärkere funktionale Verknüpfung beider Stadtteile herzustellen.

Das Hohe Ufer soll seinen Charakter als hohes steinernes Ufer am Rande der Altstadt beibehalten. Über Treppen und Rampen werden eine mittlere und eine untere Aufenthaltsebene am Wasser barrierefrei zugänglich gemacht. In der Höhe des Marstalls ist eine großzügige Treppenanlage vorgesehen, die zum Verweilen am Wasser einlädt. Flohmarkt und Skulpturenmeile können sich wieder stärker entfalten.



Das Leibnizufer wird seinen grünen Duktus beibehalten und im Hinblick auf eine bessere Vernetzung der Landschaftsräume Herrenhäuser Gärten und Maschpark/Maschsee gestärkt. Die Preisträger Kellner Schleich Wunderling, Architekten & Stadtplaner (Hannover)/Nagel, Schonhoff+Partner: nsp landschaftsarchitekten stadtplaner (Hannover) sehen vor, die Freiflächen zur Leine hin zu terrassieren. Parallel zum Ufer soll von der Goethestraße bis zur Schlossbrücke ein befestigter öffentlicher Uferweg führen. Gleichzeitig sollen zwei Brückenköpfe in Form von solitären Gebäuden an der Goethestraße und an der Schlossbrücke den Übergang zwischen Altstadt und Calenberger Neustadt markieren. Diese Baukörper mit belebenden Funktionen sollen den Stadtraum aktivieren, die Verbindung zwischen den Stadtquartieren stärken und an die historische Stadtkante erinnern. Somit kann die grüne Verbindung zwischen den Landschaftsräumen Herrenhäuser Gärten und Maschpark gestärkt und die Verbindung zwischen der Altstadt und der Calenberger Neustadt durch Nutzungsbrücken hergestellt werden. Das geplante nördliche Gebäude ist so platziert, dass es in die Goethestraße und in den City-Ring gleichermaßen wirkt. Dadurch erfährt der Raum am City-Ring eine Einengung, die mehr Spannung und Rhythmik erzeugt.

DR. JULIANE PEGELS

BÜRO STADTFORSCHEN.DE, ESSEN
UND LEHRSTUHL FÜR PLANUNGSTHEORIE
UND STADTENTWICKLUNG, RWTH
AACHEN UNIVERSITY



Stadträume im Wandel Neue Beobachtungen, neue Sichtweisen, neue Chancen

Aktuelle Beobachtungen in Städten

Die Diskussion um den Zustand öffentlicher Räume in unseren Städten war noch vor wenigen Jahren von pessimistischen Einschätzungen geprägt: Privatisierungs-Prozesse brächten den öffentlichen Raum zum Verschwinden und die Städte würden zunehmend geprägt von überwachten Shoppingmalls und Einkaufspassagen, alltägliche Plätze, Parks und Grünanlagen verwahrlosten und würden nicht mehr gebraucht, unser Bedürfnis nach Begegnung und Austausch könnte in der digitalen Welt befriedigt werden. Von diesen Befürchtungen ist heute wenig übrig; ganz im Gegenteil. Zahlreiche Freiräume erfreuen sich großer Beliebtheit und sind zu wichtigen Orten der Stadtgesellschaft geworden. In einigen Kommunen wird derzeit sogar mit den Folgen von „Übernutzung“ gekämpft. Mittlerweile ist klar, dass kaum etwas so verlässlich ist, wie der Wandel von Stadträumen. Während Klaus Selle 2003 eine Aufsatzsammlung zum öffentlichen Raum noch mit „Was ist los mit den öffentlichen Räumen“ überschrieb, heißt die überarbeitete Fassung 2010: „Plätze, Parks und Co. Stadträume im Wandel“.

Ein Streifzug durch verschiedene Städte macht deutlich, welche vielfältigen Formen und Ausprägungen von Freiräumen es gibt und wie facettenreich deren Nutzung heutzutage ist. Davon zeugen Beispiele aus dem postindustriellen Ruhrgebiet genauso wie Räume in Zürich oder New York City. Wer heute den viel publizierten Landschaftspark Duisburg-Nord besucht, sieht, dass der Park nicht nur Fachpublikum fasziniert hat, sondern zu einem wichtigen Erholungsraum der lokalen Bevölkerung geworden ist. Freiräume als Impulsgeber für stadtstrukturelle Veränderungen sind auch in der Schweiz zu finden. Sowohl auf dem Sulzer Areal in Winterthur als auch in Zürich-Nord oder Neu-Oerlikon ist zu sehen, wie qualitativ gestaltetete Platz- und Parkflächen dazu beitragen können, Prozesse des Strukturwandels zu begleiten, den Wandel von abgeschlossenen Industriestandorten zu einem integrierten Wohn- und Stadtraum zu prägen. Auch in Schrumpfungprozessen spielen unbebaute Räume

eine Rolle. So ermöglichen zum Beispiel in Leipzig Gestattungsvereinbarungen private Grundstücke als öffentliche Grünräume zu nutzen. Was mithilfe künstlerischer Interventionen auf vereinzelt Grundstücken begann, hat sich mittlerweile zu einem großflächigen Grünraumkonzept entwickelt. Aber nicht nur neuartige Freiräume sind beliebt, auch innerstädtische Plätze erleben eine Renaissance. Sie werden zunehmend als wichtige Adressfaktoren in Innenstädten gesehen und entsprechend aufwendig gestaltet. Wie wichtig diese Räume für demokratische Stadtgesellschaften noch immer sind, zeigen die Geschehnisse auf den Straßen und Plätzen des Mittleren Ostens. Von dort war auch zu hören, wie digitale Medien zur schnellen Mobilisierung der Bevölkerung beigetragen haben. Dass digitale Medien Stadträume keineswegs obsolet machen, sondern vielmehr neue Arten der Aneignung ermöglichen, zeigen auch die blitzartig zusammenkommenden Menschenmengen von Flashmobs.

Die Rolle von Bürgerinnen und Bürgern geht in Stadträumen weit über die als Nutzerinnen und Nutzer hinaus. Viele Räume entstehen nur durch bürgerschaftliche Initiative und wären ohne diese nicht zu denken. Dass diese Akteure vermehrt als Potenzial gesehen werden, zeigen Projekte wie die „claims“ der IBA Dessau-Rosslau, die Prinzessinnengärten in Berlin-Kreuzberg oder die viel zitierte Highline in New York City. Der Erhalt dieser alten Bahntrasse und deren Umgestaltung zu einem linearen Park geht auf die Initiative lokaler Künstler zurück. Was in den USA alltäglich ist, wird auch langsam bei uns als Chance entdeckt: private Akteure jenseits kommunaler Abteilungen, die (Mit)Verantwortung für Stadträume übernehmen und sich an deren Planung, Entwicklung und Pflege beteiligen.

Neue Sichtweisen auf Stadträume

Private Akteure als wichtige Partner in der Produktion und Pflege von Stadträumen anzuerkennen, ist durchaus neu. Lange klang es in der deutschen Fachdebatte so, als seien öffentlich zugängliche Räume immer auch „öffentliche“, unter Eigentums-



Landschaftspark Duisburg-Nord



Sulzer Areal, Winterthur

und Verfügungsrecht der Kommune stehende Räume. Im Umkehrschluss könnten Räume in „privater Hand“ per Definition keine öffentlichen Räume sein. Auch die Vorstellung von Rollen und Verantwortlichkeiten der Akteure schien mit diesen Schwarz-Weiß-Bildern zu korrespondieren: In den „öffentlichen“ Räumen wirkt allein die Gestaltungsmacht der kommunalen Planung, in den „privaten“ die der Märkte. Dass die Realität anders aussieht, hat das an der RWTH Aachen University durchgeführte Forschungsprojekt „STARS – Stadträume in Spannungsfeldern“ gezeigt. In diesem vierjährigen von der DFG geförderten Projekt haben wir hinter die Kulissen von alltäglichen Stadträumen geblickt und aufgezeigt, dass viele Räume nicht allein kommunaler Verfügung unterliegen. Im Gegenteil: An vielen Plätzen, Parks und Promenaden übernehmen zahlreiche nicht-kommunale Akteure auch Verantwortung und teilen sich Rechte und Pflichten mit verschiedenen kommunalen Ämtern. Bei dieser „Ko-Produktion“ von Stadträumen entstehen nicht selten komplexe Überlagerungen und Überschneidungen von Verantwortlichkeiten. Um diese verständlich zu machen, hilft ein sogenanntes „Polaritätsprofil“. Es visualisiert: Wer hat welche Rechte im Raum (Recht)? Wer reguliert die Nutzung und wer setzt die Regeln durch (Regulierung)? Wer hat den Raum geplant, gebaut und pflegt ihn (Produktion und Pflege)?

Das Polaritätsprofil des Ernst-August-Platzes in Hannover macht beispielsweise deutlich: dass sich die DB AG und die Landeshauptstadt Hannover die Eigentumsrechte an diesem Platzraum teilen. Überlagert werden diese von Verträgen mit einzelnen Pächtern. Die „Regulierung“ des Raumes teilen sich die beiden Eigentümer, also die DB AG setzt ihre Hausordnung auf ihrer Fläche durch, während die Stadt den Vorplatz als öffentlichen Raum ansieht und mithilfe der Landespolizei für Sicherheit und Ordnung sorgt. Zusätzlich patrouilliert zeitweise die Bundespolizei. Die Kosten für die Neugestaltung des Platzes haben Stadt und Bahn gemeinsam getragen. Nur die Wasserspiele auf der Platzfläche wurden von einer lokalen Zeitung finanziert. Die Pflege des Platzes korrespondiert mit den Eigentumsrechten; also die DB AG pflegt ihr Eigentum, die Stadt entsprechend ihre Fläche. Eine Ausnahme bilden die privat spendierten Wasserspiele; auch die werden von der Landeshauptstadt Instand gehalten. So aussergewöhnlich die Überlagerungen und Überschneidungen von Zuständigkeiten scheinen, sie sind vielfach zu findende Normalität. Der Ernst-August-Platz ist weder Einzelfall noch besonderes Beispiel. In den fast 30 im STARS-Projekt untersuchten Stadträumen identifizierten wir zahlreiche, ähnlich komplexe privat-öffentliche Interdependenzen.



St. Joseph-Platz, München

Neue Herausforderungen für die (kommunale) Planung

Was bedeutet das für die Planung von Stadträumen, wenn eine Vielzahl von öffentlich zugänglichen Stadträumen nicht allein Produkt kommunaler Arbeit ist, sondern „Ko-Produkt“ kommunaler und nicht-kommunaler Akteure? Welche Konsequenzen hat das für die kommunale Planung und Steuerung?

In den Forschungsinterviews mit Vertretern kommunaler Ämter wurde deutlich, dass das Bewusstsein für Koproduktionen oft noch wenig ausgeprägt ist. Oft hörten wir: „So etwas haben wir nicht“. Erst auf gezieltes Nachfragen wurde von komplexen Abstimmungs- und Verhandlungsprozessen berichtet. Andere Kommunen hingegen erkannten die Zusammenarbeit mit privaten Akteuren an und wissen, dass im Vorfeld jeder Planung sorgfältig analysiert werden muss, welche Akteure betroffen und wie sie zu involvieren sind. Dabei erleichtert ein schneller Zugriff und eine übersichtliche Darstellung von Daten z.B. zum Eigentumsrecht die Arbeit sehr. Das STARS-Projekt hat auch gezeigt, dass die frühzeitige Beteiligung aller Akteure wesentlich zum Gelingen einer nachhaltigen Zusammenarbeit beiträgt. In einer Fallstudie des Projekts war der Eigentümer eines kleinen öffentlich zugänglichen Platzes in großräumigen Umgestaltungsplanungen so lange übergangen worden, dass er schließlich die Ko-



STARS-Projekt

operation verweigerte. Heute endet die neue, einheitliche Pflasterung der Innenstadt an der Eigentumsgrenze zu diesem Platz. Die Bedeutung früher Kommunikation kann also nicht genug betont werden. Des Weiteren haben die STARS-Fallstudien deutlich gemacht, dass insbesondere diejenigen Städte nachhaltige und tragfähige Koproduktionen gestaltet haben, die klare Ziele für ihren öffentlichen Stadtraum hatten. „Zunächst muss man Ziele haben, dann kann man sich darüber unterhalten, mit welchen privaten Partnern und Instrumenten man die umsetzt“ ist ein wegweisender Hinweis eines Interviewpartners. Dass privat-öffentliche Kooperation durchaus intensiver und zeitaufwendiger Absprachen und rechtlicher Absicherungen bedürfen, steht außer Frage. Aber in Zeiten knapper kommunaler Ressourcen stellt Koproduktion eine Chance dar und birgt wichtige Potenziale. Die Herstellung und Instandhaltung von öffentlich zugänglichen Räumen ist als Gemeinschaftsaufgabe anzuerkennen. Sie geht alle an – einen ganzen „Strauß von kommunalen und nicht-kommunalen Akteuren“. Dazu gehören auch die Bürgerinnen und Bürger. Sie müssen aktiv eingebunden und ertüchtigt werden. Sie sind nicht nur die Nutzer dieser Räume, sondern können wichtige Partner in der Gestaltung und Pflege von Stadträumen sein.



MAG. BARBARA HETZMANNSEDER

STADT WIEN, MA 18 –
STADTENTWICKLUNG UND STADTPLANUNG,
STABSTELLE ÖFFENTLICHER RAUM,
SOZIALE PROZESSE UND
MASSNAHMENENTWICKLUNG

Wiens Strategie öffentlicher Räume

Die Qualität einer Stadt wird besonders durch die Qualität ihrer öffentlichen Räume geprägt. Der öffentliche Raum hat die vielfältigsten Funktionen zu erfüllen und zeichnet sich vor allem in den letzten Jahren durch eine stärkere Inanspruchnahme aus. Öffentliche Räume sind Kommunikationsflächen, Orte der Bildung von Nachbarschaften, Orte des sozialen Austausches und Spiegel des gesellschaftlichen Wandels. Menschen nutzen ihn, um sich zu erholen, sich zu treffen, das bunte Treiben zu beobachten, für verschiedenste Freizeitbeschäftigungen oder aber einfach nur um ihn zu durchqueren.

Diese Rahmenbedingungen unterstreichen die Wichtigkeit des öffentlichen Raums und machen ihn zu einem zentralen Aufgabenbereich in der Stadtplanung Wiens. Die zahlreichen initiierten Konzepte und Projekte thematisieren dabei unterschiedlichste Bereiche wie Spiel und Sport, Integration, Barrierefreiheit, Aufwertungs- und Gestaltungsmaßnahmen, Partizipation, Sicherheit und viele mehr.

Strategien im öffentlichen Raum

In der Stadt Wien sind drei Strategien, die den Umgang mit dem öffentlichen Raum thematisieren, besonders hervorzuheben.

Zum einen „Freiraum Stadtraum Wien – Leitbild für den öffentlichen Raum“, das im Dialog von Magistrat, externen ExpertInnen aus Wissenschaft und Praxis sowie BezirkspolitikerInnen entstanden ist. Im Mittelpunkt des kooperativen Verfahrens stand eine Arbeitsgruppe mit zentralen AkteurInnen aus dem Magistrat der Stadt Wien, die über ein dreiviertel Jahr in halbtägigen Workshops zusammenarbeiteten. Ausgangspunkt für die Diskussion in der Arbeitsgruppe waren Grundlagenpapiere aus Wissenschaft und Praxis sowie eine internationale Best-practice-Sammlung. Darauf aufbauend wurden zunächst Trends im öffentlichen Raum analysiert und – in einem weiteren Schritt – Ziele, strategische Ansätze zur Umsetzung und erste Schlüsselmaßnahmen definiert. Die sich daraus kristallisierten Aktionslinien, die auch im Leitbild formuliert wurden, waren die Vorsorge, die Gestaltung und das Management öffentlicher Räume. Auch die Wiener Gemeindebezirke wurden in den gemeinsamen Arbeitsprozess eingebunden, wurden um Stellungnahmen gebeten und interviewt.

Das Feedback der FachexpertInnen wurde eingeholt. Am Ende der gemeinsamen Erarbeitung des Leitbildes stand eine Implementierungskonferenz, wo jene Abteilungen der Stadt Wien, stadtnaher Institutionen und Interessenvertretungen, die sich mit dem öffentlichen Raum befassen, die Bereiche Vorsorge, Management und Gestaltung und Möglichkeiten einer Implementierung diskutiert haben. Die Inputs für die Weiterarbeit, die aufgezeigten Potentiale und Widerstände wurden sichtbar und auch im Leitbild festgehalten.

Ein weiteres strategisches Projekt stellt das Projekt „Stadt fair teilen“ dar. In enger Zusammenarbeit untersuchten BezirksvertreterInnen und Magistratsdienststellen den öffentlichen Straßenraum im Jahr 2003 beispielhaft im Wiener Gemeindebezirk Mariahilf hinsichtlich der Bedingungen für FußgängerInnen detailliert. Ist sicheres Queren möglich? Sind die Gehsteige breit genug? Wie können Barrieren überwunden werden? Können sich die Menschen, insbesondere Frauen, auch nachts sicher fühlen? Die Antworten auf diese und viele andere Fragen führten zu Maßnahmen, mit denen der öffentliche Straßenraum in Mariahilf alltagstauglich gemacht wurde. In einem weiteren Schritt wurden aus den gewonnenen Ergebnissen Standards als Hilfestellung für den Regelbetrieb der planenden und umsetzenden Dienststellen entwickelt.

Das dritte Projekt, das ich nennen möchte, ist „einfach-mehrfach – ein strategisches Projekt der Stadt Wien“. Die Erholungsräume in Wien, wie Wienerwald, Lobau, Prater und Donauinsel sind für viele StadtbewohnerInnen vom Wohn- und Arbeitsort aufgrund der zu großen Wegdistanzen nicht in tägliche Wege und Freizeitprogramme einzuplanen. Die traditionelle Grün- und Freiraumplanung verfügt nur über knappe Mittel und ist mit langen Vorlaufzeiten bei der Umsetzung von Planungsmaßnahmen konfrontiert. Auch der Vereinssport erreicht nur einen Teil der bewegungsbegeisterten WienerInnen. Um auf die neuen Trends und Moden, die eine zusätzliche Nachfrage schaffen, und die knapper werdenden Räume sowie die konkurrierenden Nutzungsansprüche angemessen und flexibel reagieren zu können, wurde – als Ergänzung zur großen Linie der Wiener Grünraumpolitik – das Projekt „einfach-mehrfach“ installiert. In diesem Projekt geht es um die Vermittlung, Planung und Prozesssteuerung in den



Wiener Museumsquartier, 1./7. Bezirk



Kabelwerk, 12. Bezirk

Bereichen Bewegungs- und Freiraum, Spiel und Sport, Kinder, Jugendliche und Kultur. Dabei wird auf zwei Schwerpunkte gesetzt – die Zwischennutzung und die Mehrfachnutzung. Von Mehrfachnutzung wird gesprochen, wenn zum Beispiel eine Schule, die über einen geeigneten Schulhof oder Sportplatz verfügt, diesen außerhalb der Schulzeiten anderen überlässt. Bei der Zwischennutzung geht es um Orte, die eigentlich nicht oder noch nicht genutzt werden, wie etwa Baulücken. Zwischen- und Mehrfachnutzung besitzt die Eigenschaft, Chancen zu ergreifen und Gelegenheiten wahrzunehmen, um einem akuten Bedarf beziehungsweise einem raschen Trend mit zusätzlichen Flächen und Angeboten nachzukommen.

Management im öffentlichen Raum

Neben den Strategien, die die Stadtplanung Wien bei Planungen und Gestaltungen im öffentlichen Raum verfolgt, ist auch das Management dieser Räume zu nennen.

Hier spielen vor allem die Gebietsbetreuungen eine wesentliche Rolle. Die Gebietsbetreuungen sind eine Service-Einrichtung der Stadt Wien, die als Drehschei-

be im Bezirk fungieren. Sie bieten Beratung und Information für BewohnerInnen zu Themen des Wohnens, des Wohnumfeldes, der Infrastruktur, der Stadterneuerung, des Gemeinwesens und des Zusammenlebens in der Stadt. In den Teams der Gebietsbetreuungen arbeiten ExpertInnen aus den Bereichen Architektur, Raum-, Stadt- und Landschaftsplanung, Recht und Mediation. Wienweit gibt es 15 verschiedene Gebietsbetreuungs-Standorte.

Projekte zum Thema öffentlicher Raum

Die derzeit laufenden und geplanten Projekte greifen unterschiedliche Aspekte des öffentlichen Raums auf, wie beispielweise das Thema Sicherheit.

Das Gefühl der Sicherheit, dass die BewohnerInnen einer Stadt haben, ist für deren Lebensqualität von entscheidender Bedeutung. In der Studie „Physische und soziale Verunsicherungsphänomene“ wurde der Beitrag, den die Stadtplanung für ein sicheres Wien leisten kann, herausgearbeitet und in einem Nachschlagewerk für PlanerInnen zur Umsetzung im Leitfaden „planen – aber sicher!“ zusammengefasst.

Die bereits im Erarbeitungsprozess initiierte interdisziplinäre Vernetzungsplattform soll weitergeführt werden und den Austausch zwischen Sicherheitsforschung, Gemeinwesenarbeit, Landschafts- und Raumplanung sowie Stadtentwicklung verbessern. Die daraus generierten Erkenntnisse werden auch in eine Arbeitsgruppe von Institutionen, die im öffentlichen Raum tätig sind, auf der Steuerungsebene eingebracht.

Die Schnittstellen und Kooperationen unterschiedlicher Disziplinen stellen eine optimale Ergänzung für die Arbeiten im Bereich der Sicherheit dar. In der Zusammenarbeit mit Dienststellen beziehungsweise nachgeordneten Dienststellen des Bundesministeriums für Inneres, die sich mit den Themenfeldern Kriminalanalyse und Kriminalprävention befassen, sollen die Möglichkeiten eines gemeinsamen Weges eruiert und festgelegt werden.

Der öffentliche Raum in der Wiener Stadtverwaltung

Innerhalb der Verwaltung gibt es viele unterschiedliche Dienststellen, die, von der Planung bis zur Ausführung, mit Teilaspekten des öffentlichen Raumes betraut sind. Zahlreiche Initiativen (wie zum Beispiel der zuvor erwähnte Prozess im Zuge der Leitbilderstellung „Freiraum Stadtraum Wien“ beziehungsweise der Nachschlagewerkerstellung „planen, aber sicher!“) haben bereits die Effizienz und den Mehrwert von abteilungsübergreifenden Kooperationen in Projekten gezeigt.

So ist es ein Ziel der Stadtverwaltung, eine Gesprächskultur zu etablieren beziehungsweise zu festigen, wo die Expertisen aus den betroffenen Dienststellen kontinuierlich eingeholt und diskutiert werden und – im Idealfall – ein gemeinsamer Konsens entsteht.

Es ist wichtig, die unterschiedlichen Anforderungen an die Planung, Ausgestaltung und Bewirtschaftung von öffentlichen Räumen zu bündeln und gemeinsame Standards als Grundlage für weitere Planungen festzulegen. So sind etwa Vorgaben über Beleuchtung, Müll/Reinigung, Bewirtschaftung, Sicherheit genauso wie Anforderungen an Oberflächenbelag, Ökologie relevant bei der Neuplanung und Umgestaltung von öffentlichem Raum. Neben diesen „harten“ Kriterien, die vor allem die Ausstattung betreffen, liegt ein weiteres Hauptaugenmerk bei den „weichen“ Faktoren, um die Ansprüche und Bedürfnisse von (potenziellen) NutzerInnen nach Alter, Geschlecht, Herkunft und Lebensphase bei Planungs- und Gestaltungsmaßnahmen gleichermaßen zu berücksichtigen. Insgesamt müssen aber genauso „Spielräume“ für die Gestaltung gegeben sein.



oben: Spielen und Bewegung im Kabelwerk, 12. Bezirk
unten: Temporäre Veranstaltung (Modeschau) im Wiener Museumsquartier, 1./7. Bezirk

PROF. MARKUS NEPPL

ASTOC ARCHITECTS AND
PLANNERS, KÖLN



Mitten in Berlin – Die Entwicklung des Europaviertels am Hauptbahnhof

Für das Areal am Hauptbahnhof in Berlin wurde ein städtebaulicher Wettbewerb ausgelobt, aus dem ASTOC Architects and Planners als Sieger hervorging. Der prämierte Entwurf für das Gelände zwischen Invalidenstraße, Perleberger Brücke, Fernbahntrasse und Spandauer Schifffahrtskanal sieht die Anlage eines Stadthafens vor. Um ihn herum soll ein großstädtisches Quartier gebaut werden mit Kunst-Campus, Marina, Restaurants, Wohnungen und Büros. Das innerstädtische Areal liegt an einem der wichtigsten europäischen Verkehrsknotenpunkte.

Die Europacity ist ein Ort, der selbst für Berlin einzigartig ist: Heute nur schwach wahrnehmbar, aber voller Versprechungen und mit großer Zukunft. Für die Berliner Senatsverwaltung ist das Gebiet daher zu einem der wichtigsten Entwicklungsbereiche für die Stadt erklärt worden – neben dem Spreeraum Ost und dem Flughafengelände Tempelhof.

Trotz einer städtischen Dichte sieht der Entwurf viel öffentlichen Raum vor und einen bis zu 30 Meter breiten, unbebauten Uferstreifen als öffentliche Promenade. Die Wohnhäuser mit circa 1.200 Wohnungen folgen der Berliner Traufhöhe. Höhere Gebäude gibt es in den Büroquartieren am Hamburger Bahnhof und am Nordhafen. Drei neue Brücken werden das Quartier besser an die Stadt anbinden. Entlang einer Bahntrasse sollen neue Gewerbebauten die Wohnhäuser vom Verkehrslärm abschirmen. Um dem Gelände seine besondere Atmosphäre nicht zu nehmen, sollen die alten Speditionshallen zu Galerien umgebaut werden. Die wichtigste Idee war es, einfach „ein Stück Berlin“ zu entwerfen. Am Anfang stand daher die Frage, wie sich Stadt an dieser Stelle entwickeln kann. Das Quartier wird in Zukunft für Millionen von Gästen der erste Eindruck von Berlin sein und ist deshalb eine wichtige städtebauliche Visitenkarte der Hauptstadt. Der Moment der Ankunft in Berlin hat die Planer



Architekten: ASTOC Architects and Planners, Köln
Illustration: ASTOC Architects and Planners, Köln

deshalb besonders beschäftigt. Ihr Ziel ist es nicht, eine „völlig cleane“ Musterstadt zu etablieren. Sie wollen eher ein Bahnhofsviertel entwerfen als eine „Europa-City“. Das Quartier darf ruhig „normaler“ als der nahe Potsdamer Platz sein, denn es bietet das Potenzial, sich zum Kunstviertel zu entwickeln. ASTOC begann mit dem Selbstverständnis der Stadt – und nicht nur dem Ort an sich. Berlin entdeckt derzeit seine Wasserlagen neu und das neue Hafenbecken wird ein Magnet des Viertels sein. Die autobahnähnliche Situation der Heidestraße wollen die Architekten dringend aufbrechen und einen „klaren und präzisen Stadtraum“ rund um den Hafen schaffen, der auch von der östlichen Promenade entlang des Schifffahrtskanals zur Wirkung kommen soll.

Das zukünftige Stadtquartier wird ein echter Berliner Kiez, der sich seiner lokalen Qualitäten bewusst ist, aber auch einer internationalen Klientel gerecht wird. An diesem Ort kann der Spagat aus lokaler und globaler Identität gelingen.



PROF. STEFAN RETTICH

KARO*ARCHITEKTEN, LEIPZIG

Lesezeichen Salbke: Arena der Teilhabe oder Austragungsort sozialer Konflikte?

Am 15. Februar 2011 erreichte uns eine Mail des polnischen Journalisten Thomas Levandowski mit einem Foto unseres Projektes Lesezeichen Salbke. Die kleine Freiluftbibliothek, die von Bürgern des Stadtteils als grünes Wohnzimmer geplant wurde und bis heute als solches betrieben wird, sah aus, als wäre sie Schauplatz eines Straßenkampfes rivalisierender Gruppen geworden: eingeschlagene und beschmierte Buchvitrinen, verstreuter Plastikmüll, Feuerzeuge, Scherben von zerbrochenen Glasflaschen und überall Fetzen und Überreste von Büchern. Wie sich herausstellte, war das zivilgesellschaftliche Projekt zur Zielscheibe einer „negativen Aneignung“ geworden. Marodierende Jugendgruppen, die nicht aus dem Stadtteil stammen, haben den Ort für sich entdeckt. Sie treffen sich dort an den Wochenenden, vor der Disco, zum Vorglühen. Und, wenn Alkohol und andere Drogen ihre Wirkung entfalten, kommt es zu Übergriffen. Es sind stellvertretende Übergriffe, die sich eigentlich gegen eine Gesellschaft richten, die ihnen weder geeignete öffentliche Räume bietet noch eine persönliche Perspektive.

In Magdeburg gibt es mehr als 30 Orte, die regelmäßig und in ähnlicher Weise von Jugendlichen malträtirt und zugerichtet werden. Axel Honeth betrachtet diese Art von sozialen Konflikten als Kämpfe um Anerkennung. Hier handelt es sich offenbar um eine verlorene Generation, deren Eltern im Strudel der ostdeutschen Massenarbeitslosigkeit sozial abgerutscht sind. Eine Generation, die wegen dieses sozialen Defekts und wegen Bildungsdefiziten trotz Facharbeitermangel keine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt findet. Das Buch als Symbol bürgerlicher Bildungseliten erscheint aus dieser Sicht geradezu prädestiniert, um die angestauten Aggressionen auszuleben und Bücherverbrennungen ein probates Mittel, um den Kampf um Anerkennung mit einem starken visuellen Zeichen aufzuladen. Über all dem schwebt die Frage, ob das Projekt damit dauerhaft gescheitert ist. Oder war es gar von vornherein falsch programmiert? Aber, der Reihe nach.

Direkt an der Elbe gelegen gehört Salbke zu einer Bandstadt aus drei ehemaligen Fischerdörfern, die in der Gründerzeit stark industriell überformt wurden. In der DDR war der sogenannte Südosten ein Zentrum des Schwermaschinenbaus. Als die großen Industriegebiete in den 1990er-Jahren abrupt aus der Nutzung gefallen sind, hat dies eine heftige Abwärtsspirale aus Wegzug, Leerstand und extrem hoher Ar-

beitslosigkeit in Gang gesetzt. Salbke steht seither synonym für Schrumpfung und Niedergang: Die Ortsmitte, vom Durchgangsverkehr zerschnitten, stand und steht auch heute noch zu 80 Prozent leer. Diese Entwicklung war freilich schon in der DDR vorgezeichnet. Zu den unsanierten und vernachlässigten Häusern kam Ende der 1980er-Jahre ein Gebäudebrand hinzu, in dessen Folge die Ortsbibliothek am Platz abbrannte und nicht wieder ersetzt wurde. Schon vor seiner wirtschaftlichen Grundlage verlor der Stadtteil damit seine kulturelle Mitte. Die Brachfläche im Ortskern verfügte mit ihrer strategischen Lage und ihrem Erinnerungswert als Bibliothek aber über ganz besondere Potentiale, um von dort aus einen Erneuerungsprozess in Gang zu setzen. Dennoch dauerte es nach der Wende mehr als 15 Jahre bis wieder öffentliche Investitionen in Salbke getätigt wurden. Allein daraus wird ersichtlich, dass hier nicht nur Grundfragen des öffentlichen Raums verhandelt werden, sondern das teilräumliche Schwinden der öffentlichen Sphäre insgesamt, als Ergebnis einer sich polarisierenden Stadtentwicklung. Erstaunlich, dass sich gerade in diesem von Politik und Planung marginalisierten Stadtteil ein starkes zivilgesellschaftliches Netzwerk jenseits der kommunalen Pfade herausgebildet hat, das sich durch hohe Quartiersintelligenz, Umsetzungswillen und Kompetenz in Fragen des demografischen Wandels auszeichnet. Der Bürgerverein, als Sammelbecken eines bürgerlichen, im positiven Sinne dörflichen Milieus, hatte bereits mehrere eigene Konzepte zur räumlichen und sozialen Entwicklung des Quartiers aufgestellt, die aber zurückgewiesen wurden, als eine Studie von KARO* in Kooperation mit Architektur+Netzwerk zur Entwicklung von Brachflächen in Südost vorlegt wurde.

Das Grundstück der früheren Bibliothek wurde darin zum Standort für ein temporäres Lesezeichen deklariert – als Denkraum über und mit Büchern, der mit den Bewohnern diskutiert und gemeinsam entwickelt werden sollte. In Anbetracht der Vorgeschichte war es erstaunlich, dass sich die Aktiven für die Idee begeistern ließen und im Oktober 2005 an der Konzeption und Umsetzung einer urbanen Intervention mitwirkten, die in Teilen vom Stadtplanungsamt finanziert wurde. Im Fokus stand die Frage, ob temporäre Interventionen dazu geeignet sind, städtische Funktionen mit geringem Ressourceneinsatz zu testen, und diese im Nachgang dauerhaft zu etablieren.



Dieses Initial einer „Stadt auf Probe“ war über vielfältige Interaktionsschleifen im Stadtteil verankert: Ein leeres Ladenlokal, direkt an der Brachfläche gelegen, diente als Basislager für einen einwöchigen Workshop, an dessen Ende die tragfähigste Lösung als Modell im Maßstab 1:1 errichtet wurde. Das Baumaterial, 1.000 Bierkisten, stellte ein lokaler Getränkeshändler und der Grundstock von 700 Büchern war das Ergebnis eines stadtweiten Spendenaufrufs. Obwohl das improvisierte Bibliotheksmöbel nur für zwei Tage den Stadtraum bestimmte, hat es eine dauerhafte Wirkung entfaltet. Der Bürgerverein hat die Idee spontan aufgegriffen und als informelle Bibliothek in dem Ladenlokal an der Brache in eigener Regie fortgeführt. Das Projekt gewann schnell an Fahrt, schon nach einem Jahr verzeichnete die Bürgerbibliothek 10.000 Bände, ohne dass dies auf kommunaler Seite Reaktionen nach sich gezogen hätte. Auf Betreiben der Architekten wurde das Projekt schließlich im Jahr 2006 als Modellvorhaben mit 100 Prozent Förderung in ein ExWoSt-Forschungsprojekt des Bundes aufgenommen. Damit war die Umsetzung der Freiluftbibliothek als dau-

erhaftes Stadtmöbel zwar finanziell gesichert, das Projekt aber längst nicht im politischen Raum akzeptiert und verankert – ein Umstand, der bereits in der Realisierung zu Konflikten führte und bis heute als Kernproblem gelten kann.

Die Wiederaufnahme der Beteiligung folgte dem Muster der ersten Phase in Form von gemeinsamer Arbeit, Diskussion und der Besetzung eines weiteren, leer stehenden Ladenlokals im Ortskern. In einem vierwöchigen Planungscamp konnte die Idee eines grünen Wohnzimmers, das geschützt vom Straßenlärm eine Ruhezone im Stadtteil bieten soll, weiter verfeinert werden. Neben der Kernfunktion als Bibliothek wurden differenzierte Begegnungsräume und Aktionsflächen wie etwa eine Bühne und eine Jugend-Corner mit technischen Einbauten wie einer „MP3-Tankstelle“ definiert.

Die Akteursdichte ist in diesem Zeitraum deutlich angewachsen: Um den Bürgerverein, der die führende Rolle einnimmt, haben sich unter anderem die Grundschule, ein Jugendclub, die Kirchgemeinde und die kommunale Wohnungsgenossenschaft gruppiert. Letztere stellte auch das großzügige Ladenlokal für das Planungs-Camp



und im Anschluss für die Bürgerbibliothek kostenfrei zur Verfügung. Der Aufbau von Interaktionsschleifen wie dieser und die zentrale Zielstellung, den Stadtraum über das Herstellen und Ordnen von sozialen Beziehungen zu reaktivieren, nahmen damit immer konkreter Gestalt an.

Auch über Materialfragen wurde offen diskutiert. Ausgangspunkt der gesamten Fassadenüberlegung war etwa der Beteiligungsprozess, bei dem sich mehrere Aktive für den Einsatz von Recyclingmaterial ausgesprochen haben. Kontakte der Architekten führten letztlich zu der Idee, die Fassade eines zum Abbruch bestimmten Herten Kaufhauses in Hamm für das Projekt wiederzuverwenden. Diese etwas ungewöhnliche Fassadenidee führte zu heftigen Kontroversen. Während der Vorschlag von den Bürgern mit Begeisterung aufgenommen wurde, formierten sich auf Seite der Verwaltung immer mehr Bedenkensträger. Vorausgegangen war ein Beschluss des Bauausschusses, der die technischen Einbauten für Jugendliche untersagte und die allgemeine Forderung erhob, das Objekt müsse „vandalismussicher“ gestaltet werden. Dies führte zu einer Engführung und Verunsicherung der Verwaltung, die plötzlich alle experimentellen Ansätze negierte. Letztlich nahmen die Bürger die Sache selbst in die Hand und kauften die Fassade auf eigene Rechnung, um die kostengünstige Kaufoption nicht verstreichen zu lassen. Heute wird der Wert der Fassade als Alleinstellungsmerkmal und neues Village Icon allgemein anerkannt. Für die Architekten wurde das Projekt dennoch ab diesem Zeitpunkt in weiten Teilen zu einer Anwaltsplanung.

Partizipative Wechselspiele wie bei der Fassade gab es zwischen den Akteuren und den Architekten zu Hauf, sodass die Grenzen der Autorenschaft tatsächlich verwischen und man von einer sozialen Skulptur sprechen kann. Nach ersten Graffiti am Betonsockel wurde zum Beispiel ein stadtweiter Wettbewerb für „tags“ ausgelobt, die von den Jugendlichen dann selbst aufgebracht wurden. Vorgegeben war lediglich die Verwendung der Farben Weiß, Schwarz und Chrom. Es mag mit an dieser Aktion gelegen haben, dass Jugendliche, die an der Entwicklung des Projektes wenig Interesse zeigten, heute die größte Nutzergruppe stellen. Allerdings nicht ohne Konflikte, denn das von den Jugendlichen präferierte Chillen deckt sich nicht ganz mit der Idee des kontemplativen Lesens. Dennoch war die Lage seit der Eröffnung im Mai 2009, trotz einer ersten Vandalismusattacke Ende 2009, weitgehend stabil. Es zeichnete sich aber auch ab, dass das Projekt nicht nur Katalysator der Stadtentwicklung, sondern auch Monitor bestehender sozialräumlicher Konflikte ist.

In dem eingangs erwähnten Phänomen der negativen Aneignung wird deutlich, öffentlicher Raum ist ein Zustand, der mehr in seiner Nutzung als in seiner baulichen Manifestation zum Ausdruck kommt. Der Übergang von der Ausnahme-situation „ExWoSt“ würde schwierig werden, das war klar. Vermutlich hätte das Projekt nach der Eröffnung noch eine Zeit lang professionell begleitet werden müssen, die auftre-



tenden Nutzungskonflikte mit den Jugendlichen aus dem Stadtteil moderiert und dauerhafte Partner für Veranstaltungen auf der Bühne gewonnen werden müssen. Der Bürgerverein ist zwar in der Lage den Außenposten der Bibliothek zu betreiben, aber für eine permanente kulturelle Bespielung fehlen ihm schlicht die finanziellen und personellen Ressourcen. Dennoch, mit einem so heftigen Anschlag auf die beabsichtigte Nutzung und Intention des Projekts konnte nicht gerechnet werden. Um die Situation zu befrieden, hat der Bürgerverein einen privaten Sicherheitsdienst eingeschaltet und ließ die Fläche an den Wochenenden absperren, da die Problematik von den zuständigen Behörden ignoriert, ja noch nicht einmal zur Anzeige gebracht wurde. Deshalb konnte auch die Polizei nicht tätig werden. Der Quartiersmanager fühlte sich ebenfalls nicht zuständig, das sei öffentlicher Raum und der sei nun mal öffentlich.

Ein Bürgerverein, der zur Bürgerwehr wird? Das war und ist mit unserem Verständnis von öffentlichem Raum ebenso wenig zu vereinbaren, wie Teilöffentlichkeiten, die ein sozialräumliches Regime ausüben, den kleinen Leseplatz temporär okkupieren und für die Anwohner in einen Angstraum verwandeln. Jugendliche, die Dinge zerstören, die andere in mühevoller und ehrenamtlicher Arbeit aufgebaut haben? Das lässt sich auch mit einer schwierigen Kindheit nicht legitimieren, das muss geahndet und von der öffentlichen Hand müssen Grenzen aufgezeigt werden. Mit dieser Meinung und mit der Forderung wieder Ordnung in dem Stadtteil herzustellen, haben wir uns zunächst an die verantwortlichen Ämter und schließlich in einem offenem Brief an den Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg gewendet. Diese Konfrontation war notwendig und gut, denn der Brief und die Entwicklung des Projekts wurden in der Fachwelt kontrovers diskutiert und von Kollegen kommentiert, die nicht immer unserer Meinung waren. Friedrich von Borries warnte vor einer „Selbst-Musealisierung“, Bart Lootsma kritisierte das Projekt als zu nett und korrekt, „als ob wir am Anfang der Aufklärung stehen“ und mahnte an, die Jugendlichen in ihrem destruktiven Frust ernst zu nehmen. Viele Kollegen schlugen vor, mit Stiftungen in Kontakt zu treten, um einen neutralen Mittler und Mittel für eine Moderation der schwierigen Lage zu erhalten. Und Theo Deutinger meinte: „Das Projekt hat durch diese Diskussion sehr viel an Wert gewonnen und ist durch die Kollision von Träumen und Lebensweisen ein noch wertvollerer Versuch geworden. Das Ganze wirft sehr viele Fragen auf; wie zum Beispiel: Ist es nicht viel besser einen dieser Vandalen zum Lesen zu bringen, als dass sich eine Leserratte das hundertste Buch ausleiht? Vielleicht waren diese Vandalen noch nie so nah an einem Buch wie in diesem Projekt? Das Potential ist enorm. Anscheinend hat der Platz Qualitäten, für eine Vielzahl von Nutzergruppen, ist also multifunktional. – Ich meine das sehr ernst und auf keinen Fall zynisch. Das Projekt bietet durch die neue Situation sehr viel Stoff für eine fundierte Fachdiskussion.“

Mit den Kommentaren konnte eine erste Kommunikationsbrücke gebaut werden und mit der Montagsstiftung, die den früheren Staatssekretär Engelbert Lütke Daldrup als Moderator gewinnen konnte, trat jener Mittler auf den Plan, der von vielen angeraten wurde. Im Ergebnis von zwei Tischrunden liegt ein klares Bekenntnis der Stadt zu dem Projekt vor und neue Erkenntnisse zu den Nutzergruppen. Laut Bürgerverein sind es mehrheitlich die anvisierten Leser, Jugendliche aus dem Stadtteil und internationale Architekturtouristen. Diskutiert wird aktuell eine pfadoffene Entwicklung, die sowohl einen robusteren Umbau zum Jugendplatz wie auch eine stärkere kulturelle Besetzung der Fläche, mit höherer Frequenz an Veranstaltungen einschließt. Letzteres schließt den Umzug der „Indoorbibliothek“ in das Ladenlokal direkt an der Fläche ein, dort wo alles begann. Die Stadtverwaltung hat mit der Eigentümerin schon erste positive Gespräche geführt, und die Sanierung des Objekts scheint möglich, durch den Anreiz eines einfachen Sanierungsgebiets, das kurz vor dem Satzungsbeschluss steht. Das Ordnungsamt plant ein Projekt „Jugend und öffentlicher Raum“ in dem das Lesezeichen einen Schwerpunkt bilden soll und auch Sofortmaßnahmen zur Reinigung und baulichen Ertüchtigung der Anlage sowie deren intensivere Pflege wurden vereinbart.

Warum aber konnte es überhaupt so weit kommen, warum wird das Projekt international so stark rezipiert und spielt doch bei der lokalen Öffentlichkeitsarbeit und politischen Diskussion eine so geringe Rolle? Es geht wie bereits erwähnt um Grundfragen der Schrumpfung, deren Betrachtung und deren Kommunikation. Ein Oberbürgermeister, der in den vergangenen Jahren eine große Anzahl von Stadtteilbibliotheken und anderen sozialen Einrichtungen in Randbezirken schließen musste, will sich nicht öffentlich mit einem Projekt schmücken, das einen gegenläufigen Trend setzt. Das könnte Begehrlichkeiten wecken, wo es nichts mehr zu verteilen gibt. Dabei könnte man auch die umgekehrte Perspektive einnehmen, denn in abgespeckter Form könnte das Lesezeichen als generelles Governance-Modell auch für andere Magdeburger Stadtteile dienen, in denen Stadtteilbibliotheken geschlossen werden mussten: Als Bürgerbibliotheken, betrieben im Ehrenamt und gefüttert mit Buchspenden. Zivilgesellschaftliche Modelle gegen die Begleiterscheinungen von Schrumpfung, die kommunalen Support erhalten, in Form von mietfreien Flächen und bibliothekarischer Beratung. Über beide Ressourcen verfügt die Kommune, und könnte ganz nebenbei etwas für die Bildung, die kulturelle Teilhabe und gegen die hohen Leerstände in den Randquartieren tun. Das setzte einen Wechsel in der lokalen Politikbetrachtung voraus. Aber, Magdeburg tut sich schwer mit seiner Zivilgesellschaft, wenn sie sich nicht für die Orte engagiert, die von oben dafür vorgesehen sind.

PROF. MANUEL SCHOLL

AGPS.ARCHITECTURE, ZÜRICH
UND INSTITUT FÜR ENTWERFEN UND
STÄDTEBAU, LEIBNIZ
UNIVERSITÄT HANNOVER



subUrbanes ? Details und das Ganze

Öffentliche Räume sind gestaltete Orte! Und zwar immer – denn sie haben Form und sie sind von Menschen gemacht. Diese apodiktische Aussage und das zugrunde liegende umfassende Verständnis von öffentlichem Raum verlagern jedoch die Problematik auf eine andere Ebene und lösen eine Reihe von neuen Fragen aus. Wie wird öffentlicher Raum definiert? Was wird als Gestaltung öffentlicher Räume wahrgenommen und was nicht? Ist sie abgestimmt oder unkoordiniert entstanden? Ist die Gestaltung qualitativ oder mangelhaft? Was wird durch die Gestaltung widerspiegelt?

Spricht man von öffentlichen Räumen, so denkt man in erster Linie an städtische Räume. Ist dabei der Gegensatz zu privatem Raum konstituierend, so ist Urbanität hingegen nicht zwingende Eigenschaft. Demnach kann der Begriff ‚öffentlicher Raum‘ auf alle nicht privaten Räume in Siedlungsgebieten ausgeweitet werden, in letzter Konsequenz auch auf Räume außerhalb von Siedlungsgebieten. Am interessantesten erscheinen jedoch Räume, die nicht eindeutig städtisch sind, und sowie die Eigenschaften von Urbanität, welche diesen Räumen zu Grunde liegen – oder auch darin schlummern.

Die Eindeckung der Autobahn in Zürichs Außenquartier Schwamendingen dient dazu als Objekt der Reflexion. Die Überdeckung dieser viel befahrenen und aus vielerlei Gründen ebenerdig belassenen Zufahrtsstrecke zum Stadttinnern lässt mitten im Siedlungsgebiet einen Baukörper entstehen von rund sieben Metern Höhe, dreißig Metern Breite und einer Länge von gut einem Kilometer.

Auch wenn die Zone um das Bauobjekt als vorstädtischer Zwischenbereich nicht im Fokus der Stadtentwicklung steht, so ist dennoch mit einer markanten Veränderung



der Siedlungsstruktur zu rechnen. Doch nicht die städtebauliche Planung ist Gegenstand der Ausführungen sondern das ursprüngliche Bauvorhaben.

Dieses neue Element bildet eine landschaftliche Verbindung vom Zürichberg zum Flussraum der Glatt, quert dabei einen der radial vom ehemaligen Dorfkern Schwamendingen ausgehenden Freiräume bevor es am Portal sich seitlich bis auf das Stadtniveau absenkt.

Das Bauwerk entzieht sich der eindeutigen Zuordnung zu bekannten Typen; es ist Infrastrukturbauwerk, Stadtmauer, Hochpark und Landschaftselement gleichzeitig.

Gestalterisch wird dieses Sonderelement verstanden als Objekt in der (Stadt-)Landschaft. Mit diesem Ziel wird die kontinuierliche Linienführung der leicht geschwungenen Großform ebenso gepflegt wie die Haptik der mit Höchstwasserdruck aufgerauten Oberfläche des Betonkörpers. Die für den Hochpark aufgebrachte Vegetationsschicht wie auch die Begrünung der Seitenwände umhüllen sichtbar den Baukörper und Elemente kleinerer Dimensionen wie Geländer und Treppen werden als addierte Ergänzungen ausgebildet, um die Integrität des Hauptbaus zu bewahren und zu stärken.

So einfach diese Gestaltungsprinzipien erscheinen werden, so sind im Detail unzählige Konfliktpunkte zu lösen. Wie sind technisch bedingte Ausstülpungen des Straßenbauwerkes zu gestalten? Wie können konstruktiv bedingte Unregelmäßigkeiten überbrückt werden? Wie kommen Kante und Gelände an den Enden zusammen? Wie werden Treppen befestigt? Welches Beleuchtungssystem passt zum Hochpark? Wie können zukünftige Benutzungsformen berücksichtigt werden? Was macht das Besondere der Anlage aus? Wie viel Gestaltung braucht es überhaupt?



An einem einzigen Bauobjekt kommen – und dies ist wohl das Besondere an dieser Aufgabe – stadtplanerische Langmütigkeit, städtebauliche Maßstabssprünge, ingenieurtechnisch bedingte Formgebung, konstruktive Gestaltgebung und landschaftsarchitektonischer Weitblick zusammen.

Will man, dass dabei Detail und Ganzes zusammenstimmen, so braucht es weiten Blick, viel Koordination, und Leute die dranbleiben! Ein nicht leichtes Unterfangen bei einer Aufgabe mit unzähligen Beteiligten, vielerlei Bedenkenträger, unterschiedlichsten Partikularinteressen und komplizierten Entscheidungsfindungen, aber möglich mit einer Reihe von Leuten, die Verantwortung übernehmen und gesamtheitlich denken und handeln. Schlussendlich ist auch dies eine Frage der Kultur.





Podiumsdiskussion



Andreas Ruby (links) im Gespräch mit
(Fotos unten, von links nach rechts)

- Uwe Bodemann,
Stadtbaurat der Landeshauptstadt Hannover

- Landschaftsarchitekt Martin Rein-Cano,
TOPOTEK 1, Gesellschaft von Landschaftsarchitekten mbh,
Berlin

- Architektin Karin Kellner,
Sprecherin der SRL Niedersachsen/Bremen

- Dr. Elisabeth Schweeger,
Intendantin der KunstFestSpiele Herrenhausen





Kurzbiografien



Uwe Bodemann

Geboren 1955, verheiratet, eine Tochter

1974
Abitur

1975–1978
Fachhochschule Oldenburg
Fachbereich Bauingenieurwesen

1978–1979
Ingenieur, Büro für konstruktiven Ingenieurbau,
Oldenburg

1979–1985
Universität Hannover
Fachbereich Architektur

1985–1987
Architekt, Büro Schweger + Partner, Hamburg/
Hannover

1987–1989
Referendariat

1990
Freie Hansestadt Hamburg, Baubehörde

1990–1994
Freie Hansestadt Bremen, Planungsamt

1994–2002
Freie Hansestadt Hamburg,
Stadtentwicklungsbehörde

2002–2007
Senatsbaudirektor, Freie Hansestadt Bremen

seit 2008
Stadtbaurat, Landeshauptstadt Hannover

Mitglied im Bauausschuss Deutscher Städtetag

Mitglied der Akademie für Städtebau und
Landesplanung

Mitglied im IBA-Expertenrat des Bundesministeriums
für Verkehr, Städtebau und Stadtentwicklung

Lehrauftrag an der Leibniz Universität Hannover,
Institut für Städtebau



Barbara Hetzmanseder

2007
Universität Wien, Institut für Geographie und
Regionalforschung
(Tutorin der Lehrveranstaltung „Übungen zur
Einführung in die statistische Datenanalyse I“)

2007
Emer.o.Prof.Mag.rer.nat. Dr.phil. DDR.h.c. Elisabeth
Lichtenberger, emeritierte Universitätsprofessorin
der Universität Wien, Institut für Geographie und
Regionalforschung (Persönliche Assistentin)

2008
Universität Wien, Institut für Geographie und
Regionalforschung
(Tutorin der Lehrveranstaltung „Übungen zur
Stadtgeographie“)

2009
Westfälische Wilhelms-Universität Münster,
Nordrhein Westfalen (ERASMUS-Aufenthalt)

03–05/2010
Kleindienst Group, Dubai, Bereich Planung, Projekt
„The Heart of Europe“ (Praktikantin, 40 Std./Woche)

2005–2011
Universität Wien, Studienrichtung Geographie,
Studienzweig Raumforschung und Raumordnung

05/2011
Ablegen der Diplomprüfung mit ausgezeichnetem
Erfolg
(Titel der Diplomarbeit: „Kriminalitätsanalyse
Wiens vor dem Hintergrund der Planung von
Wohnhausanlagen“)

Seit 09/2011
Magistrat der Stadt Wien, Abteilung 18 –
Stadtentwicklung und Stadtplanung, Stabstelle
Öffentlicher Raum, soziale Prozesse und
Maßnahmenentwicklung (Sachbearbeiterin und
Kernteammitglied des Stadtentwicklungsplans 2014,
40 Std./Woche)



Karin Kellner

1982–1988
Architekturstudium Universität Hannover

1988
Diplom bei Prof. Friedrich Spengelin

1988
Göderitz-Preisträgerin

1988–1989
Büro Sheppard, Epstein & Hunter, London

1989–1990
Architektencontor Ferdinand + Ehlers, Itzehoe

1991
Gründung ksw architekten

1992
Berufung in den Bund Deutscher Architekten BDA

1994
Berufung in den Deutschen Werkbund Nord DWB

seit 1994
Preisrichter Tätigkeit bei städte- wie hochbaulichen
Wettbewerben

seit 2008
Sprecherin der SRL-Regionalgruppe Bremen/
Niedersachsen

seit 2008
Mitarbeit in der Sicherheitspartnerschaft für
Städtebau in Niedersachsen

seit 2008
Mitglied im Gestaltbeirat St. Leonhards Garten,
Braunschweig

2010
Berufung in die Deutsche Akademie für Städtebau
und Landesplanung DASL

seit 2011
Aufsichtsratsmitglied in der Zoo Hannover Gmbh und
der Zoo Service Gmbh

Kurzbiografien



Markus Neppl

Dipl.-Ing. Architekt BDA, geboren 1962 in Duisburg, studierte Architektur an der RWTH Aachen von 1983 bis 1990. 1989 erhielt er als Mitglied der studentischen Planungsgruppe Arctea den Schinkelpreis.

1990 gründete er zusammen mit Kees Christiaanse, Peter Berner und Oliver Hall das Büro ASTOC Architects and Planners. Lehraufträge an den Fachhochschulen in Bochum (1997) und Köln (1998). Professuren für Städtebau und Entwerfen an der Universität Kaiserslautern (1999 bis 2003) und für Stadtquartiersplanung und Entwerfen an der Technischen Hochschule in Karlsruhe (2003 bis heute). Seit 2008 ist er Dekan der Fakultät für Architektur am KIT Karlsruhe.



Juliane Pegels

Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen, Fakultät für Architektur
Diplom-Ingenieurin – Februar 1999

Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen, Fakultät für Architektur
Doktor-Ingenieurin – Juni 2005

RWTH Aachen University
Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtentwicklung
Wissenschaftliche Mitarbeit – 2007 bis 2011
DFG Forschungsprojekt „STARS – Stadträume in Spannungsfeldern“

RWTH Aachen University und Universidad Andrés Bello, Santiago de Chile deutsch-chilenische
Forschungskooperation – 2010 bis 2011
DFG Förderung zur Intensivierung der deutsch-chilenischen Kooperation

Royal Melbourne Institute of Technology, Australien
School of Global Studies, Social Science and Planning
Post-doc Fellowship – Februar bis Juli 2010
Studie „Privately Influenced Public Space in Melbourne“

Fachhochschule Dortmund, Fachbereich Architektur
Lehrauftrag Städtebauliches Entwerfen – 2007 bis 2010

stadtforschen.de
Bürogemeinschaft für Stadtplanung. Forschung.
Organisation. Kommunikation, Neugründung mit
Antje Havemann und Ulrich Berding – Mai 2011

Netzwerk für Stadtforschung, Kommunikation und
Beratung mit Scheuven + Wachten, Dortmund
Freie Mitarbeit – 2009 und 2010
Gesamtstädtisches städtebauliches
Stadtentwicklungskonzept Bamberg



Heiner Pott

Sozialstaatssekretär

Geboren 1954 in Lingen, verheiratet, Vater zweier
Töchter und dreier Söhne

Abitur am Lingener Georgianum, danach zweijährige
Bundeswehrzeit als Reserveoffizier

Studium der Rechtswissenschaften in Münster

Referendar und erste Berufserfahrung als
Rechtsanwalt in einer Lingener Kanzlei

1986
Wahl zum Dezernenten für Jugend, Soziales, Sport
und Ordnung in der Stadt Lingen

1990
Wahl zum Stadtdirektor und Übernahme des
Dezernats für Umwelt, Liegenschaften und
Wirtschaftsförderung in der Stadt Lingen

1994
Wechsel in die Stadt Münster als Umweltdezernent

2000
Wahl zum ersten hauptamtlichen Oberbürgermeister
der Stadt Lingen

2006
Wiederwahl für eine zweite Amtszeit

2009 bis 2010
Vizepräsident des Niedersächsischen Städtetags

seit 2010
Staatssekretär im Niedersächsischen Ministerium für
Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration



Martin Rein-Cano

Dipl.-Ing. Landschaftsarchitekt

Martin Rein-Cano wurde 1967 in Buenos Aires geboren. Er studierte Kunstgeschichte an der Universität in Frankfurt und Landschaftsarchitektur an der Technischen Universität in Hannover und Karlsruhe. Erste berufliche Erfahrungen sammelte er im Büro von Peter Walker und Martha Schwartz in San Francisco. In Berlin arbeitete er zusammen mit Gabi Kiefer. 1996 gründete er das Büro Topotek 1. Martin Rein-Cano hat als Gastprofessor in Europa und Nordamerika gelehrt. Er hält internationale Vorträge an verschiedenen Universitäten und anderen kulturellen Einrichtungen und nimmt ebenfalls oft als Mitglied von Jurys nationaler und internationaler Wettbewerbe als Preisrichter teil.

Kurzbiografien



Stefan Rettich

Stefan Rettich (*1968) erwarb 1995 sein Diplom für Architektur an der TH Karlsruhe und übte bis 1999 freiberufliche Tätigkeiten in Leipzig aus. 1999 gründete er dort mit Antje Heuer und Bert Hafermatz das Büro KARO* für Kommunikation, Architektur und Raumordnung. 2000 schloss sich das Büro KARO* mit vier weiteren Leipziger Büros zur Initiative L21 zusammen, die sich früh mit urbanen Transformationsprozessen und den Auswirkungen des demografischen Wandels auf unsere Städte auseinandergesetzt hat.

Rettich lehrte an verschiedenen Hochschulen, u.a. in Leipzig, Dresden und Graz. Von 2005 bis 2006 war er als Vertretungsprofessor für Stadtumbau und Stadterneuerung an der Universität Kassel tätig. Von 2007 bis 2011 war er Dozent am Bauhaus Kolleg in Dessau und seit 2011 ist er Professor für Theorie und Entwerfen an der Hochschule Bremen.

Von 2006 bis 2008 war Rettich Mitglied im Gestaltungsbeirat der Stadt Halle. 2009 wurde er in die Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung berufen und 2010 in die Klasse Baukunst der Sächsischen Akademie der Künste.

Mit KARO* wurde Rettich zu verschiedenen internationalen Ausstellungen eingeladen, u.a. zur XI. und zur XII. Architektur Biennale in Venedig. Große internationale Anerkennung erfuhr das Projekt einer Open-Air-Library in Magdeburg, für das KARO* 2010 mit dem European Price for Urban Public Space und 2011 mit dem Brit Insurance Design Award in der Kategorie Architektur ausgezeichnet wurde.



Wolfgang Schneider

Geboren 1948 in Fredeburg, verheiratet, drei Kinder
Dipl.-Ing. Architekt BDA DWB

1967–1971
Studium FH Höxter; Ing.-grad.

1971–1975
Studium der Architektur TU Berlin,
Diplom mit Auszeichnung

1975–1976
Wissenschaftlicher Mitarbeiter,
Institut für Krankenhausbau TU Berlin

1976–1984
Wissenschaftlicher Assistent,
Architekturfakultät Universität Hannover

1985–1989
Mitarbeit im Büro Graaf-Schweger + Partner,
Leitung Büro Hannover

1990–2006
Partner im Büro Architekten Schweger + Partner,
Hamburg, Hannover, Berlin



Prof. Manuel Scholl

1988
Diplom in Architektur, ETH Zürich

1988–1989
Mitarbeiter Campi Pessina, Lugano

1990–1991
Mitarbeiter in diversen Büros, Barcelona

Seit 1992
Partner bei agps.architecture

1994–1997
Wissenschaftlicher Mitarbeiter ETH Zürich

Seit 1995
Stiftungsrat der Ernst Schindler Stiftung, Zürich

Seit 2002
Mitglied Bund Schweizer Architekten BSA

Seit 2009
Professor für Städtebauliches Entwerfen, Leibniz
Universität Hannover

1997–2007
ASP Schweger Assoziierte Gesamtplanung GmbH,
Geschäftsführender Gesellschafter

1999–2003
Landesvorsitzender BDA Niedersachsen

2000–2010
Vorstandsmitglied der hamburgplan AG

seit 2003
Präsident der Architektenkammer Niedersachsen

seit 2006
ASP Architekten Schneider Meyer Partner,
Hannover

seit 2007
Vorstandsvorsitzender der Lavesstiftung

seit 2012
Mitglied im Konvent der Baukultur

Zahlreiche Preise, Realisierungen und
Veröffentlichungen sowie Preisrichter in diversen
Wettbewerbsverfahren

Kurzbiografien



Foto: Alexander-Paul Englert

Dr. Elisabeth Schweeger

1954 in Wien geboren, Besuch des Lycée Francais de Vienne. Studium der Vergleichenden Literaturwissenschaften/Philosophie/Romanistik/Germanistik in Innsbruck, Wien und Paris

Mitarbeit bei der Zeitschrift FALTER, und Mitherausgeberin der Architekturzeitschrift UMRISS

Nach Tätigkeiten als Dramaturgin in Bremen, München, Wien, Dozentin an der Hochschule für Angewandte Kunst und an der Akademie der bildenden Künste Wien / Meisterklasse Bühnenbild (1983–1992) und Gast-Professorin an der Faculta di Arte e Design, Venedig (2007)

Ausstellungstätigkeit und Kuratorin bei u.a. Documenta 87, Ars Electronica 1988, Schirn Kunsthalle/Frankfurt 1989, Berlin/Kulturhauptstadt Europas, Greenaway "Stairs" München, "Transferit" München, Offenes Kunsthaus Linz, und Kommissärin der Biennale Venedig 2001/österreich. Pavillon

Reorganisation und Leitung des Ausstellungswesens an der Akademie der Bildenden Künste Wien (1988–1992). Von 1993 bis 2001 Künstlerische Leitung des MARSTALL und Chefdramaturgin am Bayerischen Staatsschauspiel in München, wo sie 1999 den Theaterpreis der Landeshauptstadt München erhielt

Von 2001 bis 2009 war sie Intendantin des Schauspiel Frankfurt

Seit 2009 Intendantin der KunstFestSpiele Herrenhausen, Hannover



Impressum

Herausgeber

Projektleitung im Niedersächsischen Ministerium
für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration
Birgit Leube, Rolf Thiele
www.ms.niedersachsen.de

Projektleitung in der Architektenkammer Niedersachsen
Lars Menz
www.aknds.de

Organisation und Redaktion Lars Menz

Korrektur Laura Martzinek

Gestaltung Kerstin Holzwarth, Hamburg

Fotos Kai-Uwe Knoth

Titelbild Hanns Joosten

Druck Gutenberg Beuys, Hannover

September 2012

Diese Broschüre darf, wie alle Broschüren
der Landesregierung, nicht zur Wahlwerbung in
Wahlkämpfen verwendet werden.





**Niedersächsisches Ministerium
für Soziales, Frauen, Familie,
Gesundheit und Integration**

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 2
30159 Hannover
Telefon 0511 120-0
Telefax 0511 120-4298
www.ms.niedersachsen.de



**Architektenkammer
Niedersachsen**

Friedrichswall 5
30159 Hannover
Telefon 0511 28096-0
Telefax 0511 28096-19
info@aknds.de
www.aknds.de